

I. Der Streit um die Atomraketen

1. Kontinuität oder Bruch? Chronologische Orientierungen

Die Sozialdemokraten verloren ihren Kompass, als sie über die Atomraketen stritten. Sie wirbelten die Grundkoordinaten ihres politischen Weltbildes durcheinander und bestimmten neu, was „Sozialdemokratie“ für sie bedeutete. Im Jahr 1983, als der Nachrüstungsstreit seinem Höhepunkt zusteuerte, vermochten sie es nicht einmal mehr, ihre jüngste Vergangenheit als eine konsistente Geschichte zu erzählen. Die Bundesparteitage in Berlin (1979) und Köln (1983) waren Meilensteine im Streit um die Atomraketen, und an der Entwicklung, die von Berlin nach Köln führte, schieden sich die Geister. Bis in die achtziger Jahre hatten Parteitage für die SPD meist eine transformative und integrierende Kraft. Sie entschärfen den Streit und verhalfen der Partei zu neuer Geschlossenheit, indem sie nach spezifischen, allseits akzeptierten Regeln und einer festen Tagesordnung verliefen. Am Ende einer Diskussion stand die Abstimmung, mit der sich die Mehrheit definierte und konfliktreiche Situationen entschieden wurden.¹ Blickt man auf den Parteitag im November 1983, der für die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Raketen entscheidend war, so muss man feststellen, dass es den Delegierten kaum mehr gelang, das transformative und integrierende Potential solcher Zusammenkünfte abzurufen. Denn zu offensichtlich klappte eine Lücke zwischen dem Kölner Nein zur Stationierung und dem Berliner Beschluss. Als im Dezember 1979 annähernd 90 Prozent der Delegierten für den Leitantrag des SPD-Vorstandes votierten, unterstützten sie den Doppelbeschluss.² Im Gegensatz dazu verabschiedeten sie am 18. und 19. November 1983 einen Text, der feststellte, dass die SPD „die Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckensystemen auf dem Boden der Bundesrepublik“ zurückwies und „statt dessen weitere Verhandlungen“ forderte.³ Auf beiden Parteitagen wurde durch formalisierte und wiederholbare Handlungen ein Sinn erzeugt, der nicht zusammenpassen wollte.⁴ Und weil die Leitanträge von Berlin und Köln inkongruent waren, gingen der SPD Geschlossenheit und Solidarität verloren.

Es war die Anwesenheit ihres ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt in der Parteitagshalle, welche die Delegierten wie ein Stachel im Gedächtnis erinnerte, dass sie einen weiten Weg zurückgelegt hatten. Vor den Delegierten warb Schmidt für den Doppelbeschluss und, weil die Verhandlungen ergebnislos blieben, für die Stationierung. Er war ein profiliertes Gleichgewichtstheoretiker, dessen eigene sicherheitspolitische Prinzipien exakt der Logik des Doppelbeschlusses entsprachen.⁵ Er sagte in Köln, dass es legitim sei, sich „aus Gewissensgründen“ gegen die Raketen auszusprechen, er bedingte sich aber

¹ In breiter historischer Perspektive vgl. Althoff/Stollberg-Rilinger: Spektakel; Thamer: Rituale.

² SPD-Parteitag, Berlin 1979, 2. Bd.: Anträge, S. 1243.

³ Außerordentlicher SPD-Parteitag, Köln 1983, S. 198; Monika Buttgerit/Peter Strieder: Das „Nein“ der SPD, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 6 (1983), H. 21, S. 407f.

⁴ Am 22. 11. 1983 stimmte auch die SPD-Fraktion im Bundestag gegen die Nachrüstung. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 10. Wahlperiode, 36. Sitzung, Bonn 22. 11. 1983, S. 2590.

⁵ Umfassend niedergelegt und begründet in Schmidt: Strategie, S. 15–17; dazu auch Spohr: NATO, S. 140–142, 152–154.



Abbildung 1: Helmut Schmidt (links) und Willy Brandt während des Außerordentlichen SPD-Bundesparteitags am 19. November 1983 in Köln

„auch umgekehrt Respekt dafür“ aus, „daß anderslautende Entscheidungen ebenfalls aus Gewissensgründen ergehen können“.⁶ Dennoch stand der Altkanzler auf dem Parteitag alleine. Nur 13 andere Mitglieder stimmten mit Schmidt gegen den Leitantrag, der die Stationierung zum aktuellen Zeitpunkt ablehnte und weitere Verhandlungen forderte.⁷ Als die Delegierten ihre Karten hoben, blickte Schmidt mit den beiden ehemaligen Verteidigungsministern Hans Apel und Georg Leber „in einen Wald von gegen sie zur Abstimmung erhobenen Armen“.⁸ In diesem Augenblick gab sich die SPD keine Mühe mehr, ihren internen Zwist zu kaschieren. Einerseits beachteten wichtige Vorstandsmitglieder den Altkanzler kaum noch, andererseits stellte er seine Isolation selbst zur Schau. Gerade das gestörte zwischenmenschliche Verhältnis zwischen Schmidt und dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der sich zum Wortführer der Nachrüstungskritiker aufgeschwungen hatte, kam überdeutlich zum Ausdruck. Die beiden ehemaligen Kanzler saßen nebeneinander, ohne miteinander zu sprechen oder sich auch nur anzusehen (vgl. Abbildung 1). Eine Parteitagsreportage beschrieb die Szenerie atmosphärisch: Er, Brandt, „schließt die Augen und spricht dem leicht gebeugt auf seinem Platz hockenden Schmidt Solidarität zu, sichert sie ihm zu. Aber Schmidt bleibt sitzen, es gibt nicht den demonstra-

⁶ Außerordentlicher SPD-Parteitag, Köln 1983, S. 98f.

⁷ Vgl. dazu Manfred Schell: Vierzehn Gerechte, in: *Die Welt*, 21. 11. 1983.

⁸ Apel stürmt auf die Bühne zum Nein gegen den Vorstandskurs, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 11. 1983; auch Jean-Paul Picaper: Allemagne: trois congrès sur les euromissiles, in: *Le Figaro*, 19. 11. 1983; Henry Tanner: W. German Socialists Vote to Condemn Deployment of Pershing, Cruise Missiles, in: *International Herald Tribune*, 21. 11. 1983; Michael Binyon: Schmidt Fails to Prevent SPD from Voting against Missiles, in: *The Times*, 21. 11. 1983.

tiven Handschlag oder die Umarmung“.⁹ Brandt und Schmidt präsentierten durch ihr Zerwürfnis der SPD eine doppelte Botschaft: Aus der Perspektive des SPD-Vorsitzenden ging es darum, Schmidts Politik zu delegitimieren, indem er ihn als Person übergang. Schmidt wollte sich dagegen selbst profilieren, indem er sich als sozialdemokratischen Paria inszenierte und damit seine Prinzipientreue unterstrich.¹⁰

Die SPD zeigte im Nachrüstungsstreit, wie unmöglich es ihr war, eine konsequente Position zu formulieren. Das unterschied ihre Art, über die Nachrüstung zu debattieren, von anderen politischen oder gesellschaftlichen Gruppen. Während die CDU/CSU ähnlich wie die FDP für den Fall, dass die Rüstungskontrollpolitik scheiterte, auf die Nachrüstung setzte und die Grünen neue Atomraketen von vornherein ablehnten, verdingen sich die Sozialdemokraten in einem spannungsreichen Sowohl-als-auch.¹¹ Man muss den Blick von der Kulmination des „Raketensstreits“ auf seine Anfänge richten, um zu sehen, warum es ihnen nicht gelang, eine geschlossene Haltung zu beziehen. In der SPD stritten zwei Gruppen um den Kurs der Partei. Die einen verteidigten den Doppelbeschluss und wollten neue Raketen stationieren, falls die Gespräche scheiterten, die anderen lehnten das ab und forderten den Verzicht auf die Stationierung.¹² Schmidt war der bekannteste Vertreter der Nachrüstungsbeifürworter, der baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende Erhard Eppler gab seinen Widersachern Gesicht und Stimme. Zwischen diesen beiden Strömungen, die sich nach einem Rechts-Links-Schema organisierten, unterstützte eine große Gruppe öffentlich zunächst den Kanzler, übte intern aber deutliche Kritik und sprach sich schließlich nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982 gegen die Stationierung aus.¹³ Die wichtigsten Protagonisten dieses Kurses waren Willy Brandt und sein politischer Intimus Egon Bahr. Es sind auch exakt die beiden ersten genannten Positionen, über die man sprechen muss, wenn man die Debatte in der Bundesrepublik beschreiben will.¹⁴ Deshalb bildete der innerparteiliche Konflikt ab, was außerhalb der SPD vor sich ging. In der Sozialdemokratie kamen die relevanten gesellschaftlichen Stimmen zu Wort. Sie reichten von Haltungen, die typischerweise in militärpolitischen Kreisen und der Bundeswehr vorgebracht wurden, bis zu Positionen, für die die Friedensbewegung stand. Mit Schmidt und Eppler gehörten zwei der exponiertesten Vertreter der beiden Lager ein und derselben Partei an. Das war eine der Ursachen, warum sich die Partei so schwer damit tat, ihren Dissens zu bewältigen. Doch was waren die konkreten Ereignisse, die den sozialdemokratischen Nachrüstungsstreit dynamisierten? Wie sah die Gemengelage in der Partei aus?

Der Streit um die Atomraketen beschäftigte die deutsche Sozialdemokratie seit Ende der siebziger Jahre.¹⁵ Sie nutzte die Zeit zwischen dem Beschluss der NATO und dem Mo-

⁹ Apel stürmt auf die Bühne, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 11. 1983.

¹⁰ Siehe auch Helmut Schmidts letzte Schlacht, in: *Stern*, 24. 11. 1983.

¹¹ Die Debatten in anderen Parteien sind erst in Ansätzen aufgearbeitet, so bei Rödler: Bündnissolidarität; Richter: Protest; Bresselau von Bressendorf: Frieden, S. 292-308; Möllers: Sicherheitspolitik; als Überblick auch Hansen: Parteien.

¹² Risse-Kappen bezeichnet diese beiden Gruppen als „Gleichgewichtsflügel“ und „Abrüstungsflügel“, vgl. Risse-Kappen: Krise, S. 97-110, 222-230 (Gleichgewichtsflügel) sowie S. 118-123, 242-246 (Abrüstungsflügel).

¹³ Risse-Kappen nennt sie den „Rüstungskontrollflügel“, vgl. Risse-Kappen: Krise, S. 110-118, 230-242.

¹⁴ Zu vergleichbaren Denkschulen in transatlantischen Diskursen nach 1945 Gavin: Parity.

¹⁵ Ich gebe keinen ereignisgeschichtlichen Abriss der Debatten, denn ein solcher ist bereits vielfach geschrieben worden, vgl. grundlegend Notz: SPD. Zur Orientierung sei auf die tabellarische Zeittafel im Anhang verwiesen.

nat, in dem die ersten Raketen in Westeuropa aufgestellt werden sollten, exzessiv für innerparteiliche Auseinandersetzungen. Zwar brach die Kontroverse erst in den Jahren 1980/81 voll aus, als das internationale Umfeld für Verhandlungen schlechter wurde, doch schon 1978/79 gab es Kritik an der möglichen Stationierung. Sie kam insbesondere von der Parteilinken und jenen Rändern der SPD, die sich mit den neuen sozialen Bewegungen und vor allem der Friedensbewegung identifizierten. So waren die Jungsozialisten (Jusos) und die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) traditionell skeptisch gegenüber mehr Waffen eingestellt und hatten die Nachrüstung abgelehnt, lange bevor der Doppelbeschluss überhaupt verabschiedet wurde.¹⁶ Die Jusos forderten 1978 in einem Papier „den eindeutigen und dauerhaften Verzicht auf die Herstellung der Cruise missile und der Neutronenbombe und ihre[r] Stationierung in Europa“.¹⁷ Unter anderem bezogen sie sich auf die hohen finanziellen Ausgaben für den Militärhaushalt und schlugen vor, diese besser dafür zu verwenden, den Sozialstaat auszubauen oder die Entwicklungshilfe zu intensivieren.¹⁸ Nicht nur die Jusos sahen eine enge Verbindung zwischen dem militärischen und dem sozialen Frieden. Für den gesamten sozialdemokratischen Diskurs war prägend, dass er auf einem weiten Friedensbegriff beruhte.

Auch die SPD-Frauenorganisation begründete ihr Nein zu jeder Form von militärischer Aufrüstung mit feministischen Argumentationsmustern, welche den Frieden mit der Emanzipation zusammendachten.¹⁹ Denn Frauen würden „in besonderem Maße, aufgrund ihrer eigenen doppelten Benachteiligung in der Gesellschaft, die Notwendigkeit“ von Abrüstung erkennen, wie es 1979 hieß.²⁰ An anderem Ort war zu lesen, dass es in der Geschichte stets Männer gewesen seien, die Kriege begonnen hätten. Frauen müssten dagegen die „leidvollen und schrecklichen Folgen dieser Entscheidungen“ tragen: „Deshalb weigern wir uns, den Rüstungswahnsinn als Friedenssicherung zu akzeptieren.“²¹ Dass weibliche SPD-Mitglieder beinahe geschlossen gegen die Atomraketen auftraten, deutet darauf hin, dass wir es in den achtziger Jahren mit einem Wendepunkt in der Geschlechterordnung der Politik zu tun haben: Parteipolitisch engagierte Frauen zogen sich nicht länger auf Felder zurück, die ihnen männliche Sozialdemokraten als weiblich konnotiert zuwiesen. Im Gefolge von Frauenbewegung, zunehmender Liberalisierung und Fundamentalpolitisierung der Gesellschaft besetzten sie nun Themen, die bislang in die männliche Politikphäre gefallen waren; sie feminisierten das Politische.²² Neben jüngeren und weiblichen Parteimitgliedern neigten auch solche Sozialdemokraten, die in christlichen

¹⁶ Zu den Jungsozialisten vgl. Lösche/Walter: SPD, S. 268–285; zur ASF ebenda, S. 238–256, insb. S. 248f.

¹⁷ „Wir wollen das Denken in Feindbildern abbauen“. Papier des Juso-Bundesvorstandes, in: *Frankfurter Rundschau*, 10. 7. 1978.

¹⁸ Vgl. Jusos unterstreichen Widerstand gegen Nato-Doppelbeschluss, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 29. 4. 1981.

¹⁹ Vgl. Kreis: Frauenfriedensbewegung; siehe zur historischen Kontextualisierung Eilers: Frauenbewegung; Davis: Strength.

²⁰ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Frauen für den Frieden. Diskussionspapier für die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen vom 18. bis 20. 5. 1979 in Erlangen, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 10366; SPD-Frauen gegen die Nachrüstung, in: *Neue Ruhr Zeitung*, 19. 6. 1981.

²¹ ASF Ebersberg: [Beschluss „Frauen für den Frieden – reden statt rüsten!“, 19. 5. 1981], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 10469.

²² Vgl. Heinsohn: Ambivalente Entwicklungen, S. 46f.; skeptischer in dieser Frage Maltry: Frauenfriedensbewegung, S. 272.

Initiativen aktiv waren, überproportional häufig dazu, sich gegen Atomraketen auszusprechen.²³ Eppler, der von 1981 bis 1983 Präsident des Evangelischen Kirchentages war, setzte die Maßstäbe dafür, wie sich Kritik an Nuklearwaffen religiös fundieren ließ.²⁴ Neben ihm traten der Pastor und ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Heinrich Albertz sowie der Karlsruher Verfassungsrichter Helmut Simon als Brückenfiguren zwischen der SPD und dem christlichen Spektrum der Friedensbewegung auf.²⁵

Der Druck aber kam von der SPD-Parteibasis. Sie war der eigentliche „Ort“ der Kritik.²⁶ Zugegeben: Nicht *die* SPD-Basis opponierte gegen die Atomraketen. Wer die Raketenstationierung zurückwies, weil sich die internationalen Rahmenbedingungen verändert hatten, war jedoch häufig ein einfaches Parteimitglied.²⁷ Er sah sich in einem geringeren Maße als die SPD-Führung den Regierungszwängen verpflichtet. In einem exemplarischen Brief sagte der bayerische Ortsverein Vaterstetten dem Parteivorstand Anfang 1980 „eine schwere Zerreißprobe“ voraus.²⁸ So sollte es kommen. Tausende Parteimitglieder beobachteten die rasant wachsenden außerparlamentarischen Initiativen mit großer Sympathie.²⁹ In dem Maße, wie ab 1980 der gesellschaftliche Widerstand gegen die Sicherheitspolitik der Regierung wuchs, suchten auch SPD-Mitglieder den Schulterchluss mit lokalen und regionalen Friedensgruppen.³⁰ In vielen Städten und Gemeinden waren Partei und Bewegung bald nicht mehr voneinander zu unterscheiden.³¹ Gleichzeitig übten die sich formierenden Grünen Druck auf die Sozialdemokratie aus. Der aus Juso-Kreisen lancierte „Bielefelder Appell“ vom Dezember 1980 war ein erster, unübersehbarer Ausdruck der Nachrüstungskritik. Mit ihm forderten die Initiatoren, die „Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATO-Beschlusses“ zu verhindern.³² Den Appell unterzeichneten etwa 5000 einfache und eine Reihe prominenter SPD-Mitglieder, darunter sämtliche Bezirksvorsitzenden und der Bundesvorstand der Jusos.³³ Er kann als Startpunkt der innerparteilichen Querelen gesehen werden.

²³ Vgl. mit dieser Beobachtung schon zeitgenössisch Burkhard Reichert an Brandt: Vermerk, 22. 4. 1983, AdSD, WBA, A11.4, 71; allgemeiner zu diesem Phänomen Heuser: Bomb, S. 162–175, hier S. 162; Boyer: God, S. 182–187.

²⁴ Zum Beispiel in Eppler: Wege, S. 228–232.

²⁵ Dazu Hartmut Contentius: „Ich war am schwächsten, als ich mich stark fühlte“. Der ehemalige Berliner Bürgermeister Albertz berichtet über sein politisches Handeln und Denken, in: *Hannoversche Allgemeine*, 21. 10. 1981; auch Schuster: Heinrich Albertz, S. 14–19; Röse/Röse: Helmut Simon, S. 267–270, 274–284.

²⁶ Zusammenfassend: SPD und Sicherheitspolitik: Wo stehen die Landesverbände?, in: *Saarbrücker Zeitung*, 2. 10. 1981; sowie Nicht alle folgen Schmidt. So denkt die SPD in den Ländern über den NATO-Doppelbeschluß, in: *Hamburger Abendblatt*, 10. 2. 1982.

²⁷ Exemplarisch: Antrag zum Parteitag des SPD-Bezirks Hessen-Süd am 12. 6. 1981, undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175; Antrag zum Parteitag des SPD-Bezirks Mittelrhein am 28. 3. 1981 in Gemünd, Kurhaus, undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175; Friedens- und Entspannungspolitik. Antrag des Unterbezirks Fürth zum außerordentlichen Bezirksparteitag der SPD Franken am 16./17. 1. 1982 in Veitshöchheim, undatiert, AdSD, 1/BFAA000888.

²⁸ SPD-OV Vaterstetten an SPD-Parteivorstand, 24. 2. 1980, AdSD, 2/PVEK000124.

²⁹ Vgl. Schmitt: Friedensbewegung, S. 159–164, zur Sympathie von SPD-Mitgliedern für die Friedensbewegung siehe die Tabellen 11 und 12 auf S. 142.

³⁰ Dazu aus US-amerikanischer Perspektive Schmidt Party Unit Rejects Missiles, in: *International Herald Tribune*, 15. 2. 1982.

³¹ Vgl. dazu Schmitt: Friedensbewegung, S. 137–145.

³² „Mut für eine bessere Zukunft“: Sozialdemokraten appellieren an den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den sozialdemokratischen Bundeskanzler, AdSD, 1/HWAA001665.

³³ So Notz: SPD, S. 77.

Von Ortsvereinen, Kreisverbänden oder Unterbezirken reichte die Skepsis gegenüber den Atomraketen bis hinein in die Partei- und Fraktionsspitze. Herbert Wehner, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, hatte bereits im Februar 1979 in „Die Neue Gesellschaft“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er die „Notwendigkeit zusätzlicher Waffensysteme“ bestritt.³⁴ Egon Bahr, der als einer der herausragenden Wortführer der Nachrüstungskritiker in den parteiinternen Debatten lange der eigentliche sicherheitspolitische Gegenspieler des Kanzlers war, drohte im Frühjahr 1979 mit Rücktritt von seiner Funktion als SPD-Bundesgeschäftsführer, falls der Doppelbeschluss verabschiedet würde.³⁵ Er kritisierte in vertraulichen Papieren und Gesprächsrunden die Stationierung, weil er sich um die Entspannungspolitik sorgte und einen unbeherrschbaren Rüstungswettkampf fürchtete.³⁶ Bahr brachte seine Haltung auch am 16. Mai 1979 im Kanzleramt vor, als sich die Sicherheitsexperten der SPD grundsätzlich auf den Doppelbeschluss verständigten.³⁷ Nach einer handschriftlichen Gesprächsaufzeichnung von Horst Ehmke, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, verlangten die frühen Kritiker um Bahr, die SPD solle dem Rüstungskontrollpolitischen Teil des Beschlusses zwar zustimmen, die Position zu den Atomraketen aber „völlig offen“ halten.³⁸ Gegen Schmidt konnten sie sich jedoch nicht durchsetzen.

Die Frage, wie die beiden Teile der Allianzentscheidung gewichtet werden sollten, stellte sich der Partei- und Fraktionsspitze erneut, als sie den Antragsentwurf für den Berliner Parteitag von 1979 aushandelte.³⁹ Die Fachleute der SPD waren sich nämlich lange uneins, ob der Antrag sich bindend auf neue Raketen festlegen oder die Entscheidung an das Ende der Verhandlungsphase setzen sollte.⁴⁰ Schließlich verlangte der Parteitagsbeschluss, dass „es keine Automatismen geben“ dürfe.⁴¹ Der „Gang der Verhandlungen und die erwarteten Ergebnisse“ müssten es „jederzeit möglich machen, Beschlüsse zu überprüfen und, wenn nötig, zu revidieren“. Deshalb sollte „die Bundesregierung der Stationierung [...] nur unter der Bedingung“ zustimmen, dass auf die Nachrüstung „verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen“.⁴² Der SPD-Beschluss und die Allianzentscheidung sprachen also nicht die gleiche Sprache.⁴³

³⁴ H. Wehner: Deutsche Politik auf dem Prüfstand, in: *Die Neue Gesellschaft* 26 (1979), S. 92–94, hier S. 93; zu diesem Text und zu Wehners Position im Nachrüstungstreit Ch. Meyer: Herbert Wehner, S. 468–471.

³⁵ Bahr an Schmidt, 2. 6. 1979, AdsD, 1/EBAA000953; auch schon Bahr an Schmidt, 27. 1. 1979, ebenda; Bahr blieb bis 1981 Bundesgeschäftsführer der SPD, legte diese Funktion dann aber nieder, um sich als Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für Rüstungskontrolle und Abrüstung intensiver der Sicherheitspolitik widmen zu können. Bahr an Schmidt, 11. 10. 1980, AdsD, 1/EBAA000964.

³⁶ Exemplarisch Bahr an Schmidt, 21. 12. 1978, AdsD, 1/EBAA001082.

³⁷ Siehe dazu Hartmut Soell: Sich barfuß in die Tür der Weltpolitik klemmen? Genese und Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses für die SPD, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. 11. 1983.

³⁸ Ehmke: [Handschriftliche Notizen zu einem Treffen im Kanzleramt am 16. 5. 1979], AdsD, 1/HEAA001042; Ehmke: Mitendrin, S. 308; Apel: Abstieg, S. 82f.; Bahr: Zeit, S. 508f.

³⁹ Vgl. Risse-Kappen: Krise, S. 265–269; Haftendorn: Mißverständnis, S. 283–285.

⁴⁰ So Alfons Pawelczyk an Schmidt, Ausarbeitung eines sicherheitspolitischen Konzeptes, 3. 7. 1979, AdsD, 1/HSAA006875. Das sicherheitspolitische Konzept selbst ist dem Schreiben nicht beigegeben, findet sich aber in AdsD, 1/EBAA000590.

⁴¹ Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin. Antragsbuch, Bonn [1979], S. 21.

⁴² SPD-Parteitag, Berlin 1979, 2. Bd.: Anträge, S. 1243.

⁴³ Dies registrierte Washington besorgt. Defense Policy Coordination an Zbigniew Brzezinski: Evening Report, 5. 12. 1979, S. 1, JCL, Brzezinski Material: Staff Evening Report Files, CREST, NLC-10-25-6-42-1.

Die SPD widersetzte sich einem Stationierungsautomatismus, aber die NATO legte sich auf „Dislozierungen“ fest.⁴⁴ So waren die Entscheidungen von NATO und SPD jeweils das Produkt eines politischen Aushandlungsprozesses, in dem widerstreitende Interessen homogenisiert werden mussten.⁴⁵ Sie waren die Grundlage für den Streit um die Nachrüstung, der aufbrach, als die Rüstungskontrollgespräche nicht in Gang kamen. Die Debatte um die Nachrüstung in der SPD war kein Streit um den Doppelbeschluss als solchen; vielmehr ging es darum, was die Supermächte aus ihm machten.⁴⁶

Bereits im Herbst 1981 – also zu dem Zeitpunkt, als die innerparteiliche Debatte Fahrt aufnahm – konfrontierten sich die SPD-Mitglieder selbst mit der Frage, ob der Berliner Beschluss korrigiert oder relativiert werden sollte.⁴⁷ Sich vom Stationierungsteil abzuwenden war die Maximalforderung der Nachrüstungsgegner um Eppler vom linken Parteiflügel, die der Politik der NATO distanziert gegenüberstanden und sich häufig in der Friedensbewegung engagierten. Sie gingen jedoch davon aus, dass ihre Position auf Bundesparteitagen vorerst nicht mehrheitsfähig werden würde.⁴⁸ Deshalb konzentrierten sie sich darauf, ein Produktions- und Stationierungsmoratorium für die Dauer der Verhandlungen zu fordern.⁴⁹ Die politische Debatte auf dem SPD-Bundestag im April 1982 in München wurde von dieser Forderung geprägt.⁵⁰ Dagegen verlangte Schmidt von der Partei, verlässlich zur Allianzentscheidung zu stehen.⁵¹ Sie sollte die Gesprächsergebnisse in Genf abwarten und nicht den Verhandlungsdruck von der Sowjetunion nehmen.⁵² In einer vertraulichen Runde am 30. März 1982, die den Münchner Parteitag vorbereiten sollte, drohte Schmidt für den Fall, dass die Partei ein Moratorium beschließen sollte, sogar mit Rücktritt.⁵³ Nicht zuletzt weil Schmidt sich sträubte, als seine Parteifreunde den Allianzbeschluss aufweichen wollten, konnten sich die Nachrüstungsgegner vorerst nicht durchsetzen.⁵⁴

⁴⁴ Communiqué der Außen- und Verteidigungsminister [NATO-Doppelbeschluss], in: *Bulletin* 154/1979, S. 1410. Einen Widerspruch zwischen NATO-Entscheidung und SPD-Beschluss muss man jedoch nicht diagnostizieren, so aber Notz: SPD, S. 62f.

⁴⁵ Mit dieser Wertung auch US-Botschaft Bonn an State Department u. a., SPD Draft Position Paper on Security Questions for Consideration on the Party's Berlin Conference, September 1979, JCL, Brzezinski Material: Brzezinski Office File, b 14, f Germany FR: 8-10/79.

⁴⁶ So auch Ilse Reichel-Koß: Nicht nur weniger Aufrüsten, sondern Jetzt abrüsten!, in: *Die Kleine Zeitung*, hrsg. v. den SPD-Abteilungen Hermsdorf und Frohnau, September 1983, S. 2.

⁴⁷ Vgl. Karl Kaiser: Anmerkungen zum 1. Entwurf für einen sicherheitspolitischen Leitantrag von Egon Bahr für die Sitzung der „Arbeitsgruppe sicherheitspolitischer Antrag“ am 17. 12. 1981, 12. 12. 1981, AdsD, 1/EBAA000805.

⁴⁸ Vgl. entsprechende Absprachen der ASF: Kurzprotokoll Arbeitskreis Frieden beim ASF-Bundesausschuss vom 20./21. 11. 1981 in Bonn, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13172; dazu: Die Linken der SPD ordnen ihre Reihen, in: *Frankfurter Rundschau*, 8. 3. 1982.

⁴⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 25. 1. 1982, 25. 1. 1982, S. 17, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 368.

⁵⁰ Vgl. die Zusammenfassung der Beratungen einer Arbeitsgruppe „Friedens- und Sicherheitspolitik“, die Hans-Jürgen Wischnewski als Berichterstatter den Delegierten gab: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 19. bis 23. April 1982 in München, 1. Bd.: Protokoll der Verhandlungen, Bonn [1982], S. 705f.

⁵¹ Vgl. Brandt und Schmidt werben für NATO-Doppelbeschluss, in: *Die Welt*, 16. 5. 1981.

⁵² Das verlangte Schmidt im Protokoll der Sitzung des Parteirates am 17. 11. 1981, S. 10f., AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 366.

⁵³ Gunter Huonker: Vermerk über das Gespräch zwischen Helmut Schmidt und führenden Sozialdemokraten zur „Vorbereitung des Münchner Parteitages“ am 30. 3. 1982 in Bonn, 1. 4. 1982, S. 1, auch S. 2f., AdsD, 1/HSAA008982.

⁵⁴ Vgl. auch Glotz an Brandt/Schmidt/Hans-Jürgen Wischnewski, 28. 2. 1982, AdsD, WBA, A11.3, 49.

Der Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 von Schmidt zu Helmut Kohl war die „entscheidende Wende“ im Streit der SPD.⁵⁵ Denn die Tatsache, dass die SPD Oppositionspartei geworden war, eröffnete ihr neue Möglichkeiten, wie sie die Raketenstationierung bewerten konnte. Die Mitglieder der Partei waren nun nicht länger verpflichtet, eine Position der Bundesregierung öffentlich zu unterstützen, die sie eigentlich skeptisch sahen. Schon auf einem Parteitreffen am 18./19. November 1982 in Kiel verabschiedeten die Delegierten ein Papier („Kieler Erklärung“), in dem sie von den Großmächten eine politische Einigung verlangten, ohne ein Wort über die für die NATO möglicherweise notwendige Stationierung zu verlieren.⁵⁶ Und auch Hans-Jochen Vogel, der die Kanzlerkandidatur für die vorgezogene Bundestagswahl am 6. März 1983 übernommen hatte, setzte in der Nachrüstungsfrage andere Akzente als Schmidt.⁵⁷ Kurzzeitig wirkte der Wahlkampf disziplinierend auf die Partei, und Helmut Kohl erwies sich als brauchbares Feindbild, das Zusammenhalt stiftete. Die Sozialdemokratie legte ihre Hoffnung jetzt vollständig in eine Verhandlungslösung in Genf. Sie präsentierte keine Antwort für den Ernstfall, der eintreten würde, wenn die Gespräche scheiterten. So wurde der Slogan „Vertragen statt rüsten“ zum Erkennungszeichen der SPD. Die Parteizentrale im Erich-Ollenhauer-Haus bedruckte zum internationalen Antikriegstag am 1. September 1983 sogar Aufkleber und Plakate mit diesem Spruch (vgl. Abbildung 2).⁵⁸ Es ist bekannt und muss hier nicht wiederholt werden: Ihre Erwartungen wurden enttäuscht. Im Spätherbst 1983 scheiterten die Verhandlungen zwischen den Supermächten, und der Kölner SPD-Parteitag lehnte die Stationierung ab.⁵⁹ Nun entbrannte der Deutungskampf um die Beschlusslage der Partei, der ein Streit um die eigene Vergangenheit war.

Kontinuität oder Bruch – was kennzeichnete die Diskussion der Sozialdemokraten? Eine Minderheit auf dem rechten SPD-Flügel teilte die Gründe, die Schmidt vorbrachte, als er in Köln für die Stationierung plädierte. Karl Kaiser, Politologe an der Universität Bonn, war ein Wortführer jener Gruppe, die den „radikalen Kurswechsel“ der SPD 1983 offensiv anprangerte.⁶⁰ In einem Brief an Ehmke warf er der Parteiführung vor, sie vollziehe „einen Stimmungsumschwung unter den Funktionsträgern der Partei (nicht der Mehrheit der Mitglieder)“ einfach nach.⁶¹ Er „finde es traurig, wie Du und Vogel es zulassen, daß Egon die Partei unaufhaltsam in eine Position hineinmanövriert, in der die Partei und die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik langfristig Schaden erleiden“.

⁵⁵ Schmitt: Friedensbewegung, S. 139.

⁵⁶ „Aufbruch nach vorn“. Bundeskonferenz vom 18. bis 19. November 1982 in Kiel, in: *Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 8/1982, S. 27f., hier S. 28; die Erklärung vom 18./19. 11. 1982 ist abgedruckt in: *Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1982-1983*, Bonn [1984], S. 617f.

⁵⁷ Dazu Claus Gennrich: Kurswechsel von Schmidt zu Vogel, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. 1. 1983.

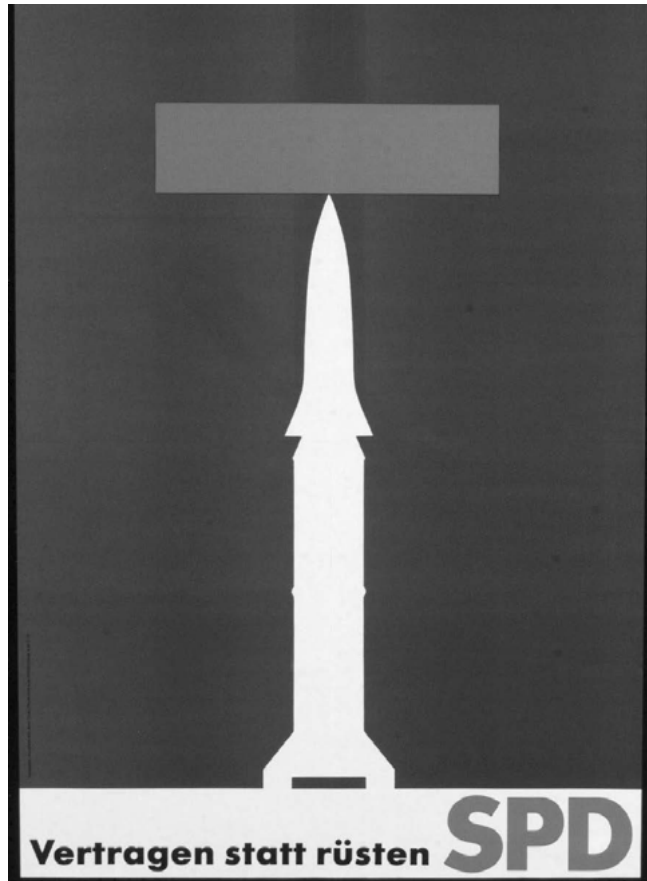
⁵⁸ Dazu Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 19, 11. 10. 1983, AdsD, 1/HJVA102856.

⁵⁹ Vgl. insb. Schwabe: Verhandlung, S. 71–80.

⁶⁰ Kaiser: Prioritäten sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Vortrag vor dem Seeheimer Kreis, gehalten am 3. 9. 1983 in Seeheim, Bergstraße, 4. 10. 1983, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 95. Der Vortrag wurde in zwei Teilen im *Vorwärts* (6./13. 10. 1983) und in der *Frankfurter Rundschau* (11. 10. 1983) sowie in dem Sammelband Maruhn/Wilke: *Wohin treibt die SPD*, S. 9–27, veröffentlicht. Auch Kaiser an Schmidt, 3. 10. 1983, und die Antwort vom 17. 11. 1983, AHS, Korrespondenz.

⁶¹ Kaiser an Ehmke, 18. 7. 1983, AdsD, 1/HEAA001037. Auch die folgenden Zitate sind diesem Brief entnommen.

Abbildung 2: „Vertragen statt rüsten SPD“. Plakat zum Anti-kriegstag am 1. September 1983



Wie sich die SPD zum Doppelbeschluss und der Stationierung verhielt, war Gegenstand eines heftigen innerparteilichen Konflikts. Lautstarker Widerstand gegen den Kölner Beschluss kam in erster Linie von konservativen und häufig im akademischen Bereich tätigen SPD-Mitgliedern, wie von der Berliner Professorin Gesine Schwan.⁶² Sie bezweifelten das Kontinuitätsargument und behaupteten, die Partei spreche und handle nur dann in der Logik ihrer eigenen Beschlüsse, wenn sie nach dem Scheitern der Gespräche die Raketenstationierung mittrage. Es sei wichtig für die Sozialdemokraten, sich der Gesellschaft und den Verbündeten als glaubwürdiger und verlässlicher Partner zu präsentieren. Der Freiburger Historiker und Parteiiintellektuelle Heinrich August Winkler stellte besorgt die grundsätzliche Frage, wohin die SPD treibe. Die Bundesrepublik brauche eine „regierungsfähige Opposition“, deren Programmatik sich innerhalb dessen bewege, was er als Konsens der Bundesrepublik definierte.⁶³ Eine sogenannte „Erklärung der zehn Professo-

⁶² Die Kritik von Kaiser und Schwan bezeichnete Brandt im Präsidium als „fragwürdig“ und „unakzeptabel“. Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 17.10.1983, S. 2, AdSD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 230.

⁶³ Winkler: SPD, S. 28–37.

ren“ vom Mai 1983 bemängelte gleichfalls die Wende der SPD.⁶⁴ Mit ihrer öffentlichen Äußerung brachten sich prominente Wissenschaftler in der SPD – unter ihnen Hartmut Jäckel, Thomas Nipperdey und Kurt Sontheimer – gegen die Parteiführung in Stellung.⁶⁵ Die SPD befand sich, so sahen es die meisten Kommentatoren, in einer tiefen Orientierungskrise.

Auf dem CDU-Bundesparteitag 1983 warf der neue Bundeskanzler Helmut Kohl den Sozialdemokraten vor, sie seien „als Regierungspartei gescheitert“.⁶⁶ Denn sie „ließen Zweifel entstehen und wachsen an unserer Bündnistreue, und sie haben das Land in eine tiefe Orientierungskrise geführt“. Immer größere Teile der Partei hätten sich „auf die Flucht“ begeben, „auf die Flucht zurück zum Sozialismus des 19. Jahrhunderts“. Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) ergänzte, dass sich die „SPD immer weiter vom NATO-Doppelbeschuß“ entfernt habe und nun daran gehe, mit ihrer eigenen Politik zu brechen.⁶⁷ Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühle prophezeite wenige Tage vor dem Kölner SPD-Parteitag im „Deutschland-Union-Dienst“, dass die SPD „ihren Ausstieg aus der eigenen Sicherheitspolitik auch formell aktenkundig machen“ werde.⁶⁸ Es sei „schon ein bestürzender Vorgang, mit welcher Kopflosgigkeit die SPD ins sicherheitspolitische Niemandsland drängt“. Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ beklagte

„die rasche und nahezu vollzählige Abkehr der SPD von der Sicherheitspolitik des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Eine derartige Änderung dessen, was man den Willen der Partei nennen könnte, ist in der Geschichte der Parteien in Deutschland ohne Beispiel. [...] Ein solcher Vorgang deutet nicht auf den allmählichen Gewinn der Überlegenheit des einen Diskurspartners über den anderen. Ein solcher Vorgang hat vielmehr den Charakter einer Flucht.“⁶⁹

So waren sich die Christdemokraten mit großen Teilen der westdeutschen Medien einig: Wie die SPD sich zur Stationierung verhielt, war falsch. Die innenpolitischen Kritiker der SPD waren nicht allein: Selbst der französische Parti Socialiste (PSF) griff die Schwesterpartei an, denn er unterstützte den Doppelbeschluss mit Nachdruck.⁷⁰ In einer „Déclaration sur la Paix, la Sécurité et le Désarmement“ war zu lesen, es genüge nicht, den Krieg abzulehnen und den Frieden zu fordern. Vielmehr komme es darauf an, die Bedingungen zu schaffen, damit der Frieden realisiert werden könne, und dies waren im französischen Verständnis das militärische Gleichgewicht und die nukleare Abschreckung.⁷¹ Über-

⁶⁴ Zur Lage und Zukunft der Sozialdemokratie. Zehn Professoren üben Kritik am gegenwärtigen Kurs der Partei, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. 5. 1983.

⁶⁵ Dazu auch Sontheimer an Vogel, 31. 5. 1983, AdSD, 1/HJVA102577.

⁶⁶ Protokoll des 31. Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 25. und 26. Mai 1983 in Köln, Bonn 1983, S. 32; T. Weber: Nachrüstung, S. 131f.; Rödder: Bündnissolidarität, S. 123f.

⁶⁷ Protokoll des CDU-Parteitages 1983 in Köln, S. 97.

⁶⁸ Volker Rühle: DUD zum Tage [Vorwort], in: *Deutschland-Union-Dienst*, 14. 11. 1983, S. 1.

⁶⁹ Jürgen Busche: Die Flucht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. 11. 1983; auch Christoph Bertram: Wandel durch Entfernung. Der lange Abschied der Sozialdemokraten vom Doppelbeschuß: Was kommt nach dem Nein?, in: *Die Zeit*, 18. 11. 1983; Peter Philipps: Der lange Weg der SPD weg vom Doppelbeschuß. Die Parteitage von Berlin, Essen, München bis Köln, in: *Die Welt*, 5. 11. 1983.

⁷⁰ Note de travail sur le désarmement, undatiert, CAS, 70 RI, 7; dazu ausführlich Buffotot: Socialisme, S. 375–397.

⁷¹ Déclaration sur la Paix, la Sécurité et le Désarmement. Texte adopté par le Bureau Exécutif du 25 Mai 1982, S. 1, CAS, 70 RI, 6; dazu die politikgeschichtlichen Überlegungen bei Rucker: Les Gauches, S. 59–62.

haupt war in Frankreich die Friedensbewegung ein misstrauisch beäugtes Phänomen.⁷² Denn sie stand im Verdacht, die militärische Autonomie und die nationale Größe des Landes schmälern zu wollen. Nirgendwo tritt die Distanz der französischen Gesellschaft gegenüber dem Nachrüstungsprotest so klar zu Tage, wie in dem Begriff, den sie dafür prägte. Im Französischen hieß die Bewegung „mouvement pacifiste“ – und nicht etwa „mouvement de la paix“.⁷³ Der Begriff „pacifisme“ war seit Beginn des 20. Jahrhunderts das gebräuchliche Wort für die Friedensbewegungen.⁷⁴ Er hatte für viele Ohren eine abwertende Konnotation und stieß deshalb bei den Protestierenden auf Ablehnung, die ihre Ziele moderater definierten. Der französische Begriffsgebrauch nahm ein Segment der Bewegung als charakteristisch für ihr Ganzes und delegitierte so ihr Anliegen. Das war ein geschickter Schachzug im Kampf um die semantische Konstruktion sozialer Realitäten.

Es ist nicht überraschend, dass sich die französischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten bald heillos zerstritten.⁷⁵ Der PSF hatte die ostpolitische Euphorie der SPD noch nie verstehen können.⁷⁶ Als nun eine konkrete sicherheitspolitische Streitfrage hinzukam, die in der französischen Sichtweise den Status quo in Europa verändern und die in Jalta beschlossene europäische Nachkriegsordnung brüchig werden lassen könnte, eskalierte der Streit.⁷⁷ Es war François Mitterrand, der am 20. Januar 1983 vor die Abgeordneten des Bundestages in Bonn trat, sich zur Politik der Allianz bekannte und die Position der neuen Koalition unter Helmut Kohl stärkte.⁷⁸ In seiner Rede unterstrich Mitterrand, dass der Friede durch Atomwaffen, ihre abschreckende Wirkung und ein Kräftegleichgewicht garantiert werde – und nicht durch Abrüstung.⁷⁹ Besonders allergisch reagierte er auf die in der SPD formulierte Idee, französische und britische Waffen gemäß einer sowjetischen Forderung in die Verhandlungen einzubeziehen. Sein Auftritt im Bonner Plenarsaal war symbolisch. Er markierte den Schulterschluss mit Helmut Kohl und den Unionsparteien sowie den Bruch mit der SPD, die begonnen hatte, die Nähe zur Friedensbewegung zu suchen. Was die Sozialdemokraten nach dieser Rede an Kritik vortrugen, klang vernichtend,⁸⁰ und ließ den französischen Präsidenten ratlos zurück.⁸¹ Aus den Verwerfungen zwischen SPD und PSF, die Mitterrands Rede an die Oberfläche brach-

⁷² Vgl. Bozo: France; Soutou: Mitläufer; Santamaria: Pacifisme, S. 253–265, 269–276.

⁷³ Das könnte auch daran gelegen haben, dass es in Frankreich einen gleichnamigen Verband „Mouvement de la paix“ gab, der den Begriff gewissermaßen besetzt hielt. In der Forschungsliteratur jedenfalls fehlt es an schlüssigen Erklärungsansätzen, so auch Rücker: Les Gauches, S. 60.

⁷⁴ Vgl. Defrasne: Pacifisme, S. 7–10, 235–240.

⁷⁵ Vgl. v. a. Rücker: Les Gauches; Bozo: Mitterrand, S. 30–35; Miard-Delacroix: Willy Brandt, S. 240–243.

⁷⁶ Siehe Ph. Richer: Evolution de la situation depuis 1978, 18. 10. 1978, S. 1, CAS, 60 RI, (WB), 228; Voyage de M. Rocard à Bonn (hs.), undatiert, CAS, 405 RI, 3.

⁷⁷ Siehe À mon avis, dire 3 choses (rencontre avec M. Vogel), 13. 1. 1983, CAS, 405 RI, 6; Isenberg: Besuch von Dr. Hans-Jochen Vogel in Paris am 13. 1. 1983, 14. 01. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11647.

⁷⁸ Vgl. dazu ausführlich Miard-Delacroix: Kontinuität, S. 553.

⁷⁹ Abgedruckt in Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, 142. Sitzung, Bonn 20. 1. 1983, S. 8978–8984, in Übersetzung S. 8985–8992, hier S. 8987f.

⁸⁰ Exemplarisch Gilbert Ziebur: In keinem Punkt mit der Bundesrepublik abgesprochen. Was das Bündnis Kohl-Mitterrand bedeutet, in: *Vorwärts*, 27. 1. 1983, S. 12; Gustave Stern: Frankreich: Welche Friedenspolitik?, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 778f.

⁸¹ Dazu SI-Advisory Council on Disarmament and Arms Control (SIDAC), Paris, January 24, 1983, Minutes, undatiert, CAS, 60 RI, (WB), 229.

te, entstand die Idee, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, um die Kluft zu verkleinern.⁸² Diese Arbeitsgruppe sollte zu einem wichtigen Ort werden, an dem die Deutschen und Franzosen über den Kalten Krieg und über Alternativen zu diesem Ordnungssystem nachdachten. Bereits am 6. September 1983 kam es zu einem ersten Treffen, also noch bevor sich die SPD endgültig gegen die Raketenstationierung aussprach,⁸³ am 26. November folgte eine zweite Besprechung in Paris.⁸⁴ Sich zu verständigen war aber ein mühsames Unterfangen. Wenn Axel Queval vom PSF fand, das Verhältnis der beiden Parteien sei so intensiv wie sonst nirgendwo innerhalb der Sozialistischen Internationale,⁸⁵ rückten die Franzosen von ihrer massiven Kritik an der SPD doch keinen Millimeter ab.⁸⁶

Da die Kritik an der Sozialdemokratie von so vielen Seiten ertönte, musste die Parteizentrale versuchen, den Wandel der SPD zu erklären und den Kölner Beschluss in inhaltliche Übereinstimmung mit der Berliner Entscheidung zu bringen. Hierin sah sie 1983 ihre Hauptaufgabe. Erstens argumentierte der Parteivorstand, dass die SPD niemals einem Stationierungsautomatismus zugestimmt habe. Horst Ehmke empfahl seinen Kollegen im zuständigen Fraktionsarbeitskreis bereits 1982, offensiv zu betonen, dass die Politik der SPD mit früheren Beschlüssen übereinstimme.⁸⁷ Wenn man dies nur häufig genug wiederhole, würden die Zweifel geringer. Rainer Wagner, als ehemaliger Mitarbeiter Brandts und nunmehriger Referent des stellvertretenden Vorsitzenden Johannes Rau ein wichtiger Stichwortgeber in der SPD-Zentrale, schrieb in einem Vermerk, dass die Vorwürfe von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, die SPD verlasse den Boden des Doppelbeschlusses, durch vehemente öffentliche Hinweise gekontert werden müssten. Die SPD bleibe, „auch wenn sie die Nachrüstung ablehnen sollte, *im Rahmen* des Doppelbeschlusses“, stellte er fest.⁸⁸ Das Kontinuitätsargument erschien auch in einer zweiten Form, wenn die SPD-Zentrale darauf verwies, dass Rüstungskontrolle und Abrüstung stets zu den herausragenden politischen Zielen ihrer Partei gehört hätten. In einem internen Argumentationspapier behauptete Wolfgang Biermann, ein junger Referent für Abrüstung und Rüstungskontrolle, dass die sozialdemokratische Politik schon allein deshalb ein stimmiges Gesamtbild ergebe, weil der Berliner Parteitagbeschluss danach

⁸² Siehe Hans-Eberhard Dingels an Wischniewski: Sitzungen des Büros der SI in Brüssel vom 23. bis 25. 11. 83 und Gespräch zu Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik mit der PSF in Paris am 26. 11. 1983, 21. 11. 1983, AdsD, 1/HWAK000440; zu den Verständigungsversuchen in der europäischen Sozialdemokratie Rother: Family Row.

⁸³ Siehe Isenberg: Gespräch mit einer Delegation der PSF unter Leitung von Jacques Huntzinger am 6. 9. 1983, 21. 9. 1983, AdsD, 1/HEAA000611; Rencontre PS/SPD de Bonn du 6 septembre 1983, undatiert, CAS, 405 RI, 6. – Eine zweite bilaterale Arbeitsgruppe zwischen SPD und PSF besprach wirtschaftspolitische Differenzen.

⁸⁴ Siehe Isenberg: Gespräch zwischen der SPD und der PSF über Sicherheitspolitik am 26. 11. 1983 in Paris, 30. 11. 1983, AdsD, WBA, A11.8, 41; „PS/SPD sécurité“ (hs.), 26. 11. 1983, CAS, 405 RI, 15. – Weitere Treffen fanden in den nächsten Monaten und Jahren statt.

⁸⁵ Dazu Axel Queval an Louis Le Pensec: Objet: Relations bilatérales entre le Parti Socialiste et le SPD, 9. 5. 1986, CAS, 405 RI, 3.

⁸⁶ Vgl. dazu auch die Gemeinsame Erklärung der SPD und der Sozialistischen Partei Frankreichs [Vorlage für die Sitzung des Präsidiums am 14. 1. 1985], undatiert, S. 1, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur; Sécurité Déclaration commune PS/SPD, in: *P.S. Aujourd'hui*, 15. 1. 1985.

⁸⁷ So in Dieter Dettke: Ergebnism Niederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises I vom 23. 11. 1982 um 10.30 Uhr, in Raum F 12, 29. 11. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11649.

⁸⁸ Wagner an Rau, 23. 9. 1983, AdsD, 2/PVDF000207. Hervorhebung im Original (unterstrichen).

gestrebt habe, die Stationierung überhaupt zu verhindern. Für Biermann lag die Kontinuität darin, dass die SPD schon immer „ein Ende des Rüstungswahnsinns“ gefordert habe.⁸⁹

So schufen Sozialdemokraten verschiedener Couleur einen Beweisgang, nach dem sich die SPD gestern wie heute offensiv um Abrüstung bemüht habe und in dem der Doppelbeschluss lediglich ein Mittel zum Zweck gewesen sei, das sich angesichts der schwierigen internationalen Situation als unbrauchbar erwiesen habe. Wenn die Partei nun die Stationierung ablehne, dann spreche und handele sie so konsequent wie nur möglich. Obwohl das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung forderte, „mit der These einer beinahe ungebrochenen Kontinuität [...] vorsichtiger“ umzugehen,⁹⁰ erhoben sie SPD-Funktionäre in den Rang einer offiziös verordneten Wahrheit. Hans-Jochen Vogel verkündete seiner Partei, dass sich der Kölner Leitantrag innerhalb des Spielraums bewege, der von früheren Beschlüssen markiert werde. Er erläuterte umständlich, wie die SPD „das Ja oder Nein zur Stationierung [...] an das Ende des durch die Beschlüsse eingeleiteten Abschnitts der Gesamtentwicklung gesetzt“ habe „und nicht an seinen Anfang“.⁹¹ In seinen Worten hatte die SPD schon in Berlin „eine Entscheidung unter bestimmten Kriterien am Ende des Verhandlungsprozesses versprochen“. Vogel weiter: „Dieses Versprechen halten wir.“ Die SPD-Führung setzte den Kölner Beschluss also in eine positive Beziehung zu dem, wie sich die Parteimehrheit bislang zur Nachrüstung verhalten hatte.⁹² Sie versuchte damit, Angriffe durch den innenpolitischen Gegner und durch die marginalisierte innerparteiliche Opposition abzuwehren. Der Streit um die Atomraketen war somit innerparteilich ein Kampf um die Deutung der eigenen Beschlusslage und mithin ein Ringen um die Interpretation der Vergangenheit.

Auch zu anderen Zeiten hatte die Sozialdemokratie erbittert um inhaltliche Positionen gerungen. Aber im Streit um die Raketen ging es für die Mitglieder der Partei um ihr Selbstverständnis: um ihre Regierungsfähigkeit, ihr Ansehen beim politischen Gegner, nicht zuletzt auch um ihr Renommee in den Teilen der Gesellschaft, die sich von ihrer Politik losgesagt hatten und auf den Straßen gegen die Raketen protestierten. Kurz: Die Sozialdemokratie vergewisserte sich zwischen 1979 und 1983 als politisches Milieu ihrer Grundkoordinaten. Freilich ist es überraschend, wie intensiv sich das Erich-Ollenhauer-Haus 1983 mit dem Vorwurf auseinandersetzte, die Partei verlasse den Kurs ihrer bisherigen Politik. Es liegt nahe zu vermuten, dass die Angriffe auf die SPD einen neuralgischen Punkt trafen, von dessen Erklärungsbedürftigkeit die Parteispitze wusste. Nicht nur blendeten Sozialdemokraten programmatische Brüche ab und schrieben der eigenen Beschlusslage eine Geradlinigkeit zu, die in dieser Eindeutigkeit außerhalb der Partei selten nachvollzogen wurde. Sie bemühten sich auch, von Berlin nach Köln eine Kontinuitätslinie zu zeichnen, die aus Gründen der inneren Kohäsion wichtig war. Freilich vertiefte das den Graben, der sich durch die Partei zog.

⁸⁹ Biermann an Glotz, Argumentationshilfe zur aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion, 25. 1. 1983, AdsD, WBA, A11.4, 110.

⁹⁰ Eckhard Lübckemeier an Michael Bertram, 28. 2. 1984, AdsD, Nachlass Stobbe, 191.

⁹¹ Außerordentlicher SPD-Parteitag, Köln 1983, S. 129, 133. Ehmke hatte Vogel in einem Brief vom 4. 11. 1983 explizit auf diesen Punkt hingewiesen, AdsD, 1/HEAA001043; auch Wischnewski an Vogel, 10. 11. 1983, AdsD, 1/HWAK000750.

⁹² Ebenda, S. 196. Diese Deutungen finden sich auch in der Memoirenliteratur, siehe als besonders hervorsteckende Beispiele Vogel: Nachsichten, S. 186, 188; Bahr: Zeit, S. 510; Brandt: Erinnerungen, S. 365–367; Ehmke: Mittendrin, S. 318f.; dagegen Schmidt: Menschen, S. 334.

2. Darf der Friede militärisch erzwungen werden?

Der Nachrüstungsstreit brachte die SPD aus der Fassung, weil er ihr eine grundsätzlichere Frage stellte, auf die sie noch nie eine klare Antwort gefunden hatte. Er reaktivierte ein Spannungsfeld, das in ihren Ursprüngen angelegt war: das „In- und Gegeneinander von Isolierung und Integration“.⁹³ Seit ihrer Gründung bestand die SPD aus zwei Strömungen, die unterschiedliche Ziele verfolgten. Einerseits strebten marxistische Traditionen auf die radikale Veränderung der Gesellschaft. Andererseits bemühten sich reformorientierte Kräfte, die bestehende Klassengesellschaft mit ihren eigenen Mitteln zu verändern. Es war der Gegensatz von Revolution und Reform, an dem sich die Geister schieden.⁹⁴

Das betraf auch das politische Feld, auf dem sich der Nachrüstungskonflikt entfaltete. Schon in der Formierungsphase der Sozialdemokratie wollten die Arbeiter den Krieg zum Verschwinden bringen.⁹⁵ Ihr Argument lautete, dass die werktätige Bevölkerung den Krieg ablehnte, weil er ihr wirtschaftliche und soziale Nachteile bringe, der Zwischenmenschlichkeit widerspreche und die internationale Solidarität der Arbeiterklasse konterkariere. Gleichzeitig blieb die Sozialdemokratie seltsam unentschlossen, welche Mittel zur Durchsetzung dieser Position geeignet seien. Der „Friedenskongress der Zweiten Internationale“, der am Vorabend des Ersten Weltkrieges in Basel stattfand, verabschiedete ein „Manifest gegen den Krieg“, in dem es hieß, dass die „arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen [...] verpflichtet“ seien, „den Ausbruch des Krieges zu verhindern“.⁹⁶ Dennoch stimmte die SPD-Fraktion im Reichstag zwei Jahre später unter dem Eindruck der nationalen Hochstimmung für die „Kriegskredite“, welche die finanziellen Ressourcen für den Ersten Weltkrieg mobilisieren sollten.⁹⁷ Seit jeher schwankte die SPD zwischen hehren Zielen und den Erfordernissen, die sie in ihrer praktischen Arbeit zu erkennen glaubte. Deshalb blieb die Friedensfrage in der Sozialdemokratie ein Diskussionsgegenstand von höchster Brisanz. In der Endphase des Ersten Weltkrieges führte das zu Differenzierungsprozessen und zur Spaltung der SPD in eine Mehrheits- und eine Unabhängige Sozialdemokratie (MSPD und USPD).⁹⁸

In ihrem Selbstverständnis war der antimilitaristische Kampf ein Erkennungszeichen der Arbeiterbewegung. Doch war die SPD weder im 19. Jahrhundert noch am Vorabend des Ersten Weltkrieges eine „pazifistische“ Partei – und ist es auch später nie geworden. Das wird deutlich, wenn man zwei frühe Programme der Partei liest, die in der Friedensfrage einen kollektiv verbindlichen Rahmen aufspannten. Das „Gothaer Programm“ von 1875 und das „Erfurter Programm“ von 1891 unterstrichen, dass die Arbeiterbewegung Krieg beseitigen und Frieden sichern wolle. Gleichzeitig bekannten sich beide Programme zur „allgemeinen Wehrhaftigkeit“ des Staates.⁹⁹ Durfte der Friede mit militärischen Instrumenten

⁹³ Groh: *Attentismus*, S. 20.

⁹⁴ Dazu grundsätzlich ebenda, S. 36, 57; aber auch Grebing: *Arbeiterbewegung*, S. 15–22, 27f.; Klotzbach: *Staatspartei*, S. 25–31; Potthoff/Miller: *SPD*, S. 31–73, insb. S. 63–73.

⁹⁵ Vgl. Longerich: „Friedenspartei“, S. 29–40.

⁹⁶ Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. 11. 1912, Berlin 1912, S. 23–27; das Manifest ist abgedruckt in Degen u. a.: *Gegen den Krieg*, S. 176–182, hier S. 176. Alle Zitate nach dieser Ausgabe. Vgl. auch Polexe: *Netzwerke*, S. 83–87.

⁹⁷ Dazu Miller: *Burgfrieden*, S. 31–74.

⁹⁸ Dazu Winkler: *Revolution*, S. 34–67, 468–501; Schorske: *Schism*; Miller: *Burgfrieden*, S. 75–117.

⁹⁹ Protokoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands, abgehalten zu Gotha vom 22. bis 27. 5. 1875, S. 54f.; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokra-

herbeigeführt werden? Darüber wurde sich die sozialdemokratische Partei nie einig.¹⁰⁰ Der Versuch, zwei ihrem Prinzip nach widersprüchliche Anliegen zu synthetisieren, machte den Kern des Problems aus, das die SPD noch in den achtziger Jahren quälte. Selbst im „Godesberger Programm“ von 1959 forderte die SPD „internationale Entspannung“ und „kontrollierte Abrüstung“, bekannte sich aber gleichzeitig zur „Landesverteidigung“.¹⁰¹ Die „größte und dringendste Aufgabe“ sei es, so das Programm, „den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern“. Ob das auch mit kriegerischen Mitteln erfolgen durfte, blieb in der Partei umstritten. Hatte noch der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher seine Partei in den fünfziger Jahren auf einen kompromisslosen Oppositionskurs gegen die Bundeswehr und die Integration der Bundesrepublik in die NATO verpflichtet, definierten das Godesberger Programm und die berühmte Rede Herbert Wehners am 30. Juni 1960 im Bundestag angepasste Leitvorstellungen.¹⁰² Wehner erkannte an, dass sein Land in die NATO eingebunden war und wieder eine eigene Armee unterhielt.¹⁰³ Dennoch blieben Strömungen lebendig, die die NATO verdächtigten, die Friedenssicherung nicht ernsthaft zu verfolgen.¹⁰⁴

Die Querelen um die Nachrüstung zwischen 1979 und 1983 kamen daher, dass die Sozialdemokraten sich nie endgültig darüber einig geworden waren, ob der Friede militärisch erzwungen werden durfte. In ihrer gesamten Geschichte hatte es die Partei nicht vermocht, eine verbindliche Sichtweise durchzusetzen. Für die einen führte der Weg zum Frieden über die Gleichgewichtspolitik der NATO und die Abschreckungsdoktrin, für die anderen über Entspannungspolitik und Abrüstung.¹⁰⁵ Jene Parteimitglieder, die Gleichgewicht und Abschreckung für unabdingbar hielten, akzentuierten eine andere Einstellung zur Gewalt als *ultima ratio* der Politik, als es diejenigen taten, die entspannungs- und abrüstungspolitische Maßnahmen präferierten. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt argumentierte wie die Mehrzahl der Parteifunktionäre, wenn er 1981 sagte, dass „Verteidigungsbereitschaft und Friedenswille [...] keine Gegensätze“ seien.¹⁰⁶ Doch allein die Tatsache, dass Brandt die Möglichkeit eines Gegensatzes sah, weist darauf hin, dass die Standpunkte zu den Atomraketen auf unterschiedlichen Denkstilen beruhten.¹⁰⁷ Diese Differenz war in der wechselvollen Vergangenheit der Partei angelegt und entlud sich in den frühen achtziger Jahren.¹⁰⁸

tischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. 10. 1891, Berlin 1891, S. 3. Das Gothaer Programm ist u. a. ediert bei Münkler: Programmgeschichte, S. 379–384, die Aussagen zur „allgemeinen Wehrhaftigkeit“ auf S. 380. Das Erfurter Programm ist ediert ebenda, S. 371–374, insb. S. 373: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.“

¹⁰⁰ Dazu auch Miller: Burgfrieden, S. 179–183.

¹⁰¹ SPD-Parteivorstand: Godesberger Programm; zur ideellen Vorbereitung des Godesberger Programms durch die Erfahrung des Exils und transnationale Netzwerke Angster: Konsenskapitalismus.

¹⁰² Dazu Longerich: „Friedenspartei“, S. 73–115.

¹⁰³ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 3. Wahlperiode, 122. Sitzung, Bonn 30. 6. 1960, S. 7052–7061; dazu auch Ch. Meyer: Herbert Wehner, S. 231–236.

¹⁰⁴ Siehe z. B. Gerd Rauhaus: Nachdenkliches Verhältnis zur bewaffneten Macht. Pazifismus stand nie im Programm – Demokratisierung der Armee verlangt – Konflikt zwischen Links und Rechts ungeklärt, in: *Nürnberger Nachrichten*, 23. 2. 1981.

¹⁰⁵ Vgl. Longerich: „Friedenspartei“, S. 332.

¹⁰⁶ Brandt: Vorwort.

¹⁰⁷ Nach Fleck: Tatsache, S. 165–190.

¹⁰⁸ Zur Zeit der Vertragspolitik in den siebziger Jahren war der Konflikt nicht ausgebrochen, weil sich die SPD mit ihrer Agenda in Übereinstimmung zu den Großmächten bewegt hatte. Sturm: Un-
einig, S. 41–54.

Im Nachrüstungsstreit wog die SPD das Für und Wider der Atomraketen ab. Sie besprach auch ihre eigene Geschichte. Dass Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen höchst unterschiedliche Lehren aus ihrer Vergangenheit ziehen konnten, lag an der Unentschiedenheit früherer Parteigenerationen gegenüber Krieg und Frieden. So entwickelte sich die Kontroverse um die Mittelstreckenwaffen für die SPD zu einem Selbstverständigungsdiskurs: Immer mehr Mitglieder und Sympathisanten sprachen neben der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auch über ihr Bild von der Geschichte. Nun war die Sozialdemokratie schon immer eine traditionsbewusste Partei gewesen, die gerne und häufig an die eigene Geschichte erinnerte und innerparteiliche Rituale pflegte.¹⁰⁹ Ihre eigene Geschichte war für sie von überragender Bedeutung, und geschichtspolitische Diskurse verliehen auch dem Nachrüstungsstreit Kontur. SPD-Mitglieder stritten auch deshalb über die Atomraketen, weil ihr historischer Denkhorizont gegensätzliche Standpunkte zuließ.

Auf der einen Seite legitimierten SPD-Mitglieder dadurch ihren Standpunkt. Wer die Stationierung ablehnte oder kritisch bewertete, erinnerte an den Kampf seiner sozialdemokratischen Vorfahren gegen Krieg und Unterdrückung.¹¹⁰ Im Gegensatz dazu betonten diejenigen, die der NATO und dem Bündnis aufgeschlossen gegenüberstanden, die historische Verantwortung ihrer Partei, sich dem kommunistischen Totalitarismus so entschlossen entgegenzustellen wie dem Nationalsozialismus.¹¹¹ In beiden Fällen stritten Sozialdemokraten um die Interpretation ihrer Vergangenheit. Freilich überkamen geschichtspolitische Debatten in den achtziger Jahren auch die westdeutsche Gesellschaft, gründeten sich „Geschichtswerkstätten“ und „Geschichtsvereine“, erwachte ein neues Interesse am Mittelalter, an Preußen oder am Nationalsozialismus – und die SPD erwies sich als Produkt und Abbild soziokultureller Transformationsprozesse.¹¹² Der Konflikt in der SPD unterschied sich von den gesamtgesellschaftlichen Debatten der Bundesrepublik dadurch, dass er nicht nur um die deutsche Vergangenheit, sondern eben auch um die Geschichte der Partei kreiste.

Auf der anderen Seite beschworen SPD-Mitglieder, wenn sie in die Geschichte blickten, die Einigkeit ihrer Partei. Insbesondere die Erinnerung an die Spaltung der Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg galt ihnen als Warnung, sich in der Frage von Krieg und Frieden nicht auseinanderdividieren zu lassen.¹¹³ Schon einmal hatte sich die SPD heillos zerstritten, als sie das Problem der militärischen Friedenssicherung nicht lösen konnte. Aus ihrer Sicht durfte sich das nicht wiederholen. So waren die Debatten in den achtziger Jahren bei allen unterschiedlichen Folgerungen, die Sozialdemokraten aus ihrer Parteivergangenheit ziehen konnten, auch dazu angetan, die auseinanderstrebenden Flügel zu

¹⁰⁹ Vgl. dazu grundlegend Longerich: „Friedenspartei“.

¹¹⁰ Siehe exemplarisch Reinhard Schulz: Frieden ist der Vater aller Dinge [Manuskript], in: Für Frieden und Abrüstung. Fachkonferenz der Jungsozialisten am 25./26. 8. 1979 in Köln, 1979, S. 1, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7591; Karsten Voigt: Nie wieder Krieg!, ebenda; Hans Dieter Müller: Wettrüsten und Arbeiterbewegung. Zwei Lehren aus der Geschichte, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 143–149.

¹¹¹ Siehe grundsätzlich Schwan: Freiheit, S. 38; Renger: „Kampf dem Atomtod“, „Friedensbewegung“, SPD – Ein Lehrstück, in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 704–709, hier S. 708.

¹¹² Vgl. Wolfrum: Geschichte, S. 123–131; Wirsching: Abschied, S. 471. Zu den gesellschaftlichen Debatten im engeren Kontext des Nachrüstungsstreits Gassert: Konsens, S. 509–512.

¹¹³ So explizit Voigt: Friedenspolitik als Erbe und Auftrag, in: *Sozialdemokrat Magazin*, 1/1979, S. 19.

integrieren. Deshalb wurde das Erich-Ollenhauer-Haus nicht müde zu betonen, dass sich alle SPD-Mitglieder darin einig seien, für den Frieden zu arbeiten.¹¹⁴

Betrachtet man den Nachrüstungsdiskurs in der SPD in seinem chronologischen Verlauf, tritt auf der begrifflichen Ebene ein Wandel hervor, der beleuchtet, was in der SPD geschah. Während im Jahr 1979 der Begriff „Sicherheitspolitik“ noch als Bezeichnung für jenen Bereich des Politischen dominiert hatte, der die Außen- und Verteidigungspolitik zusammenfasste und mit anderen Themen verband, trat parallel zur stärker werdenden Kritik am Doppelbeschluss der Begriff „Friedenspolitik“. Die Bundesregierung machte kaum einen Gegensatz zwischen „Sicherheit“ und „Frieden“. Aber zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten in der SPD verstanden die beiden Begriffe als Gegensatzpaar.¹¹⁵ Willy Brandt brachte den Gedanken zum Ausdruck, als er sagte, dass der Friede zwar „nicht alles“ sei, aber betonte: „alles ist ohne den Frieden nichts“.¹¹⁶ Diese semantische Verschiebung war für das Bild, das die Sozialdemokratie von sich zeichnete, von großer Wichtigkeit.

Was aber verstand sie überhaupt unter „Friede“? Er war eine politische Utopie, die für die SPD notwendigerweise mit dem „demokratischen Sozialismus“ einherging. In der Minimaldefinition beschrieb Friede einen zwischenstaatlichen Zustand, der nicht von Gewalt gekennzeichnet war. Er meinte die Abwesenheit von Krieg, die Überwindung von politischer Unterdrückung und die Realisierung von sozialer Gerechtigkeit.¹¹⁷ Zahlreiche SPD-Mitglieder verschmolzen ab den späten siebziger Jahren die nukleare Friedensfrage mit der Bekämpfung des Hungers im „globalen Süden“ und mit der Utopie eines gerechteren Weltwirtschaftssystems zu einem weit gefassten Friedensbegriff.¹¹⁸ Der sozialdemokratische Gewerkschafter Ernst Breit analysierte 1983, es gebe „das unerträgliche Nebeneinander von Rüstungsexplosion und wirtschaftlicher Stagnation. Diesen Widersinn, daß die Produktion der Kriegsmittel floriert wie nie zuvor, während die Produktion der Lebensmittel darniederliegt wie seit langem nicht mehr, können vernünftige Menschen nicht auf sich beruhen lassen.“¹¹⁹ Deshalb sei, so schrieb Breit, ein Umdenken in der Sicherheits- wie auch in der Wirtschaftspolitik notwendig. Fast schien es so, als seien das wirtschaftliche Gewinnstreben der Unternehmen und die kapitalistische Verfasstheit der globalen Märkte das eigentliche Problem, wenn über Raketen gesprochen wurde.

Der Friede war so etwas wie eine Beschwörungsformel, mit der sich SPD-Mitglieder in ein vorgestelltes Ganzes integrierten.¹²⁰ Dass die SPD sich selbst als „Partei des Friedens“ begriff, folgte einem alten Brauch.¹²¹ Aber jetzt zeichneten Mitglieder so häufig wie nie zu-

¹¹⁴ Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 19. bis 23. April 1982 in München, 2. Bd.: Angenommene und überwiesene Anträge, Bonn [1982], S. 907; siehe auch Steuer/Mittag: Friedenspartei, S. 207–218.

¹¹⁵ So Friedenspolitik: Sicherheit und Entspannung, in: *Sozialdemokrat Magazin*, Extraausgabe/1980; Pawelczyk: Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik, in: *Die Neue Gesellschaft* 27 (1980), S. 41–46, hier S. 42; Mechttersheimer: Rüstung; zur Historisierung vgl. Wengeler: Sprache, S. 54.

¹¹⁶ Brandt: Berliner Ausgabe, 5. Bd., S. 369.

¹¹⁷ Siehe die Argumentation in Reinhard Schulz: Frieden ist der Vater aller Dinge, S. 1, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7591.

¹¹⁸ Siehe Nehring/Ziemann: Wege, S. 88.

¹¹⁹ Breit: Für einen Frieden ohne Waffen, ohne Hunger, ohne Arbeitslosigkeit, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 34 (1983), S. 531–540, hier S. 532.

¹²⁰ Vgl. Doering-Manteuffel: Kampf, S. 30, 46f.

¹²¹ Vgl. Wolfram Wette: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik in historischer Perspektive, Oktober 1976, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 95.

vor diese Verbindungen.¹²² 1981 interpretierte eine vom SPD-Vorstand herausgegebene Broschüre die sozialdemokratische Geschichte als den zusammenhängenden Versuch, Frieden zu schaffen.¹²³ In eine ähnliche Richtung wies auch die Publikation „1863–1982. Der schwierige Weg zum Frieden. Sozialdemokraten gegen Krieg“.¹²⁴ Sie untermauerte den Ansatz des Doppelbeschlusses, indem sie zu beweisen versuchte, dass die SPD in ihrer Geschichte stets nur daran interessiert gewesen sei, das friedenspolitische Gebotene zu tun. Das „Sozialdemokrat Magazin“ schließlich argumentierte, Rüstungskontrolle sei deshalb möglich, weil die Entspannungspolitik schon in der Vergangenheit erfolgreich gewesen sei.¹²⁵ Geschichte war ein Instrument, um jene zu beruhigen, die den Kurs der Parteiführung skeptisch sahen. Und sie war ein Mittel, um innerparteilich zu versöhnen. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hob 1981 hervor, dass die SPD stolz sein könne auf ihre Geschichte: „Und wir versuchen gegenwärtig, daß das gerade den eigenen Mitgliedern wieder bewußt wird.“¹²⁶ Indem Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sich mit der Geschichte ihrer Partei beschäftigten, sollten sie Trennendes überwinden. Der SPD-Vorstand richtete deshalb im Oktober 1981 eine „Historische Kommission“ unter der Leitung der Bonner Historikerin Susanne Miller ein, die „die Tradition der Partei im Bewußtsein der Mitglieder“ halten sollte.¹²⁷ Brandt empfahl, dass die Kommission „über das Geschichtsbild der Partei wachen“ solle, „wenn es nach ihrer Meinung verfälscht oder in den Schmutz gezogen werde“.¹²⁸ Denn „Geschichte präge Identität“. So legitimierten SPD-Mitglieder, was sie im Nachrüstungsstreit für richtig hielten, indem sie auf die Geschichte ihrer Partei blickten.¹²⁹ Das diente der innerparteilichen Selbstverständigung durch Traditionsbildung.¹³⁰

Der Parteivorsitzende Brandt sagte 1981 anlässlich des hundertjährigen Jubiläums des SPD-nahen Dietz-Verlages:

„Sozialdemokratie ist Frieden: Friedenssehnsucht war der SPD, als Partei, war also der organisierten Sozialdemokratie gleichsam in die Wiege gelegt. So wie sie sich niemals für Unterdrückung und Unterjochung hergegeben hat, so wie sie niemals dafür verantwortlich war, daß Knechtschaft über das deutsche Volk kam: so hat sie sich auch nie am Kriegstreiben beteiligt, nie einen Zweifel gelassen, daß ein von Sozialdemokraten geführtes Deutschland keinen Krieg beginnen werde. Nie hat sie mit denen paktiert, die Krieg für ein Mittel der Politik hielten.“¹³¹

¹²² Im Programm zur Bundestagswahl 1983 hieß es, die SPD habe „Deutschland nie in einen Krieg geführt. [...] Wer die SPD stärkt, stärkt die Friedenspolitik!“ SPD-Parteivorstand: SPD-Regierungsprogramm 1983–1987, S. 53; dazu vor allem Longerich: „Friedenspartei“, S. 322–451; Becht: SPD, S. 50; Leif: (Ohn-)Macht, S. 167–170; B. Meyer: Parteien, S. 27; Corterier: Regierung, S. 122–124.

¹²³ Vgl. SPD-Parteivorstand: Friedenspartei SPD.

¹²⁴ SPD-Parteivorstand: 1863–1982. Der schwierige Weg zum Frieden.

¹²⁵ Vgl. Friedenspolitik: Sicherheit und Entspannung, in: *Sozialdemokrat Magazin*, Extraausgabe/1980, S. 15.

¹²⁶ Glotz an Georg W. K., 21. 6. 1981, AdsD, 1/HWAA003114.

¹²⁷ SPD-Pressemitteilung Nr. 618/1981 vom 27. 10. 1981; Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1979–1981, Bonn [1982], S. 230; Jahrbuch der SPD 1982–83, S. 333; dazu Longerich: „Friedenspartei“, S. 362.

¹²⁸ SPD-Pressemitteilung Nr. 53/1982 vom 5. 2. 1982.

¹²⁹ Vgl. Longerich: „Friedenspartei“, S. 330.

¹³⁰ Dass die SPD eine „Friedenspartei“ sei, blieb in der geschichtswissenschaftlichen Forschung lange unbestritten. Friedhelm Boll meinte 1988, dass die SPD „zweifelloso als klassische deutsche Friedenspartei gelten“ dürfe. Sie habe „sich selbst als antimilitaristische Partei seit ihren Anfängen“ verstanden und sei „für präventive Antikriegspolitik“ eingetreten. Auch für Michael Longerich war der Anspruch der „Friedenspartei“ „mehr als nur Wahltaktik“. Boll: Sozialdemokratie, S. 400; Longerich: „Friedenspartei“, S. 451.

¹³¹ Abgedruckt in Brandt: Berliner Ausgabe, 5. Bd., S. 364.

In kaum einem anderen Zitat wird deutlicher: Die Sozialdemokraten berauschten sich an ihrer eigenen Geschichte. Das kennzeichnete ihr Denken im Nachrüstungsstreit. Sie debattierten nicht nur eine sicherheitspolitische Entscheidung auf der internationalen Ebene, sondern versuchten sich auch darüber klar zu werden, welchen Auftrag sie aus ihrer eigenen Vergangenheit ableiten konnten. Dabei fiel das Urteil je nach Standpunkt des Betrachters unterschiedlich aus. Die SPD-Mitglieder der achtziger Jahre waren wohl über ihr gemeinsames Ziel – die Friedenssicherung – einig, nicht aber über den Weg, der sie dorthin brachte. Für den rechten Parteiflügel um Schmidt führte er über das Gleichgewicht und die Abschreckung, für die SPD-Linke um Bahr und Eppler über Entspannung und Abrüstung. Welche Lehren die jeweiligen Gruppen in dieser Streitfrage auch immer aus der Vergangenheit zogen, stets blieb unübersehbar, dass sich die SPD in den achtziger Jahren vermehrt mit ihrer Geschichte zu beschäftigen begann. Gleichwohl stritt sie nicht nur über die richtige Auslegung ihrer Parteigeschichte, sondern auch über die deutsche Vergangenheit.

3. Die sozialdemokratische Krisenerzählung

Neben der historisch offenen Frage, ob die Sicherheits- oder die Entspannungspolitik besser geeignet sei, den Frieden zu festigen, trieb auch eine pessimistische Gegenwartsdiagnose den Streit an. Sie überwölbte und strukturierte alles, was Sozialdemokraten und große Teile der Friedensbewegung in jenen Jahren äußerten. Die Nachrüstungsgegnerinnen und -gegner stellten sich die Weltlage um 1980 als bedrohlich dar, und ihr Blick nach außen war hoffnungslos: Die vormals geordneten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zerfielen, und eine neue Phase der Konfrontation zog herauf. Es war ihre unmittelbare Lebensumgebung, die Bundesrepublik, die von dem internationalen Klimasturz besonders tangiert schien. Denn in den Augen der Friedensaktivisten steuerten die Supermächte ungebremst auf eine atomare Konfrontation zu, die Europa von der Landkarte auszuradiieren drohte. Das entzog der Entspannungspolitik – ihrem ureigentlichen Anliegen – die Grundlage. Währenddessen konnten sie auch dem Kalten Krieg als solchem keinen Sinn mehr abgewinnen. Dass die Supermächte sich nicht nur als politische Gegner, sondern als ideologische Feinde gegenübertraten, verstanden sie nicht. Sie lehnten diese Konfrontation ab, fürchteten um ihr Überleben und wollten sie hinter sich lassen.

Untergangsvisionen waren kein Spezifikum der frühen achtziger Jahre. Sie hatten ihre Wurzeln im vorangehenden Jahrzehnt. Denn schon mit der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki (1975) war für die Zeitgenossen der Zenit der Entspannungspolitik überschritten: US-Präsident Gerald Ford rückte öffentlich vom Begriff der „Détente“ ab; sein Nachfolger im Weißen Haus Jimmy Carter initiierte eine in Westeuropa umstrittene Menschenrechtspolitik; der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern eskalierte; die Supermächte trugen ihre Gegensätze in „Stellvertreterkriegen“ unter anderem in Afrika und in Lateinamerika aus; die Sowjetunion rüstete bei den taktischen Mittelstreckenwaffen auf; Verhandlungen im Bereich der strategischen und konventionellen Waffen traten auf der Stelle; die Vereinigten Staaten erlebten ein Debakel während der Geiselnhaft ihrer Botschaftsangehörigen in Teheran – in einem Satz: Das Weltgeschehen schien von Problemen gebeutelt, und die Zeitgenossen hielten es nicht mehr für ausgeschlossen, dass die Konfliktherde in einen direkten atoma-

ren Schlagabtausch der Supermächte münden würden.¹³² Der Niedergang der Entspannungspolitik war Teil einer umfassenden Krisenerzählung, in der Sozialdemokraten aller Couleur Probleme in „Politik, Ökonomie, Bildung, Wissenschaft und Religion“ wahrnahmen.¹³³ Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael haben darauf hingewiesen, dass zu Beginn der siebziger Jahre mit dem Zerfall des internationalen Währungssystems von Bretton Woods (1971/72) und dem ersten Ölpreisschock (1973/74) „ein grundlegender Wandel in der industriellen Produktion“ einsetzte, „der sich alsbald auf die ökonomischen und sozialen Leitvorstellungen, die nationalen Wohlfahrtssysteme, den beruflichen Alltag und die Lebenswelt der westeuropäischen Arbeitsgesellschaften auswirkte“.¹³⁴ Im Zuge dieses Wandels begannen die gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen dem Krisenmotiv zu folgen, das neben der wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Dimension auch eine außen- und verteidigungspolitische hatte. Hinzu kam ein wachsendes Problembewusstsein für ökologische Zusammenhänge und den Umgang mit endlichen Ressourcen.¹³⁵ Die Prämissen der klassischen Moderne wurden nun zunehmend infrage gestellt.

Nur weil der Friede für die SPD traditionell ein ultimatives politisches Ziel war, erzählte sie sich den Zerfall der Entspannungspolitik als eine Verlustgeschichte.¹³⁶ Das Problem bestand darin, dass ihr das Ordnungssystem Kalter Krieg zu einer Zeit fragwürdig geworden war, als es auf der internationalen Bühne noch einmal handlungsleitend werden sollte. Das bereitete ihr Schwierigkeiten. Schließlich stand mit der Entspannungspolitik eine „der großen geschichtlichen Leistungen der Sozialdemokratie auf dem Spiel“.¹³⁷ Ein Antrag zum Bezirksparteitag der SPD Ostwestfalen-Lippe 1981 entfaltete dieses Argument musterhaft. Die Autoren zählten die sowjetische Intervention in Afghanistan, das mögliche Eingreifen Moskaus in Polen und die SS-20-Rüstung als Krisenherde auf. Aber auch die „Verhärtung der amerikanischen Außenpolitik“ und „*Äußerungen amerikanischer Regierungsvertreter, erst aus einer Position der Überlegenheit verhandeln zu wollen*“, ergaben „vielerlei Gefährdungen“ für den Frieden.¹³⁸

Sowohl die Befürworter einer Stationierung wie auch ihre Gegner wiesen mit einer vergangenheitspolitischen Geste auf die von Deutschland verursachten Kriege hin und unterstrichen, wie wichtig es sei, die Entspannungspolitik zu retten und den Kalten Krieg hinter sich zu lassen. Zum einen war es leichter, den Frieden zu fordern, wenn man selbst den Krieg erlebt hatte oder jemanden kannte, der in ihm gelitten hatte; denn so konnte man seine Forderung mit persönlichen Erinnerungen illustrieren. Zum anderen ließ sich das Argument einsetzen, um das eigene diskursive Kapital zu erhöhen. Das machten sich vor allem die Gegnerinnen und Gegner der Nachrüstung zunutze. Sie räsionierten über die Geschichte ihrer Partei und zogen aus der deutschen Vergangenheit bestimmte Lehren. Ihre Schlussfolgerung lautete: Weil die Deutschen zwei Kriege begonnen hätten, sei-

¹³² Hierzu Conze: Suche, S. 517–538; Wirsching: Abschied, S. 79f., 500; Gassert: Lärm, S. 187–192.

¹³³ Doering-Manteuffel/Raphael: Boom, S. 12; Doering-Manteuffel/Raphael: Epochenbruch.

¹³⁴ Doering-Manteuffel/Raphael: Boom, S. 8; mit dieser These schon Hobsbawm: Age, S. 416–422; zur Bedeutung dieser Entwicklung für die SPD prägnant Walter: Vorwärts, S. 7–17; Süß: Traum.

¹³⁵ Auch Ch. Maier: Crisis; McNeill/Engelke: Anthropocene, S. 516–521; Seefried: Zukünfte, S. 255–292.

¹³⁶ Sehr klar in SPD-Ortsverein Aumühle: Resolution [2. 7. 1981], AdsD, 2/PVEH000266B.

¹³⁷ Referat 512 (BK-Amt) an Schmidt: Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein, 26./27. 9. 1981, 28. 9. 1981, AHS, Korrespondenz; auch Bahr an Schmidt, 2. 6. 1979, AdsD, 1/EBAA000953.

¹³⁸ Antrag zum Bezirksparteitag Ostwestfalen-Lippe am 13. 6. 1981, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175, Hervorhebung im Original (unterstrichen).

en sie in einer besonderen Weise befähigt, die Welt vor dem Ausbruch eines neuen Krieges zu warnen. So hieß es 1983 in einer Resolution des SPD-Kreisverbandes Steinburg in Schleswig-Holstein, dass zwei Weltkriege „unermessliches Leid gebracht und Millionen von Opfern gefordert“ hätten.¹³⁹ Ein Beschluss der „Sozialdemokratischen Gesellschaft für Kommunalpolitik“ (SGK) spannt diesen Gedanken fort und wies es als Anliegen von Kommunalpolitikern aus, angesichts „der Zerstörungen in unseren Städten und Gemeinden im Zweiten Weltkrieg [...] auf die Gefahren des Hoch- und Wettrüstens hinzuweisen und ihnen entgegenzuwirken“.¹⁴⁰ Die für den Nachrüstungsprotest charakteristische Wortprägung vom „nuklearen Holocaust“ war ebenfalls ein vergangenheitspolitisches Argument, das innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie häufig gebraucht wurde.¹⁴¹

Auch individuelle Kriegserinnerungen waren ein Legitimationsreservoir für SPD-Mitglieder. Ein Arzt erzählte in einem auf Plattdeutsch verfassten Brief an Helmut Schmidt von seinen Erlebnissen als Soldat und warnte davor, es noch einmal zu einem Krieg kommen zu lassen.¹⁴² In einer Ausgabe der westfälischen SPD-Zeitschrift „ASF Intern“ berichtete mit Meta Rentzsch ebenfalls eine Kriegsüberlebende von ihren Erfahrungen im Weltkrieg: „Seit diesen Erlebnissen bin ich Pazifistin“.¹⁴³ Insbesondere den am 1. September – dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen – begangenen Antikriegstag oder den Tag der deutschen Kapitulation am 8. Mai nahmen SPD-Mitglieder regelmäßig zum Anlass, um mit geschichtspolitischen Argumenten für Frieden und Abrüstung zu werben.¹⁴⁴ Im Aufruf der ASF zum 1. September 1982 hieß es, dieser Tag mahne die Deutschen, „daß wir der drohenden Kriegsgefahr entschiedener und entschlossener entgegentreten. Wir Deutschen tragen eine besondere Verantwortung; denn von unserem Boden gingen zwei Weltkriege aus.“¹⁴⁵ Mit der in der SPD und ihren nachrüstungs-skeptischen Kreisen verbreiteten Konstruktion einer spezifisch deutschen Verpflichtung zum Frieden wurden aus den einstmaligen Verantwortlichen für Krieg, Tod und Zerstörung diejenigen, die besser als andere einzuschätzen vermochten, wie wichtig die Entspannungspolitik war.¹⁴⁶ Dieses geschichtspolitische Narrativ fand sich auch häufig in der Friedensbewegung. Entscheidend war, dass die Sozialdemokratie und die von ihr geführte Bundesregierung keine Schuld daran trugen, dass der Krieg wieder drohte. Während sie am Entspannungsideal festhielten und mit eigenen geschichtlichen Erfahrungen betonten, wie wichtig Abrüstung und Verständigung seien, leiteten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine neue Phase der Konfron-

¹³⁹ Frigga Leuschner an Vogel: Resolution des SPD-Kreisverbandes Steinburg, 20. 11. 1983, AdSD, 1/HJVA103659.

¹⁴⁰ Beschluß der Bundesdelegiertenversammlung der SGK: Friedenspolitik in den Kommunen, undatiert, AdSD, 2/PVEH000267.

¹⁴¹ Richard Buchner: Nachverhandeln statt Nachrüsten oder: In 8 Minuten zum nuklearen Holocaust? Entwurf für ein Sozialdemokratisches Friedensmanifest, undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10928; selbst Peter Glotz verwendete diese Figur in einem Brief an Ute P., 7. 7. 1982, ebenda; siehe auch prominent Guha: Nachrüstung.

¹⁴² E. B. an Schmidt, 17. 6. 1981, und die Antwort vom 26. 6. 1981, AHS, Korrespondenz.

¹⁴³ ASF Westliches Westfalen: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“, in: ASF intern, Sonderausgabe Nr. 2, undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 10469.

¹⁴⁴ Siehe Inge Wettig-Danielmeier: Aufruf zum 1. September (Antikriegstag), undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 10469; Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Presseerklärung, 8. 5. 1980, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 8667.

¹⁴⁵ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Antikriegstag 1. September: Feindbilder abbauen – Frieden schaffen [1982], AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9314.

¹⁴⁶ Vgl. Vor einem Jahr wurde dem Krieg der Krieg erklärt, in: *Die Kleine Zeitung*, Juni 1983, S. 5.

tation ein.¹⁴⁷ Deshalb benannten SPD-Mitglieder die amerikanische und sowjetische Politik mit Attributen wie „konfrontativ“ oder „kriegerisch“; Egon Bahr insinuierte 1983 auf dem Höhepunkt des Nachrüstungsstreits, dass sie dem Frieden nicht diene.¹⁴⁸ Von dem so erzeugten Fremdbild grenzten sie sich ab. Handelten die Supermächte in den sozialdemokratischen Diskursen geschichtsvergessen, sahen sich nachrüstungskritische SPD-Mitglieder als historisch legitimierte Fürsprecher von Abrüstung und Frieden.

Niemand bestritt in der Sozialdemokratie, dass „[f]urchtbare Waffen, fast unvorstellbare Zerstörungsmaschinen [...] die Menschheit“ bedrohten.¹⁴⁹ Im Beschluss ihres Münchener Parteitagess hielt die SPD 1982 fest, dass die Supermächte ausreichend Waffen hätten, „um das menschliche Leben vielfach auszulöschen“.¹⁵⁰ Warum sie nicht ihre Lehren aus der Geschichte gezogen hätten und ihre Vernichtungskapazität weiter verstärken wollten, konnten sich nachrüstungskritische Genossen nicht erklären.¹⁵¹ Machten sie grundsätzlich beide Supermächte für den Rüstungswettlauf verantwortlich, adressierten sie ihre Kritik in erster Linie an die Präsidenten Carter und Reagan. Die US-Politik, beobachtete „Die Zeit“, lag „vielen Genossen wie ein Stein im Magen“.¹⁵² In der Tat war es die von Reagan nach seiner Wahl 1980 angekündigte „Politik der Stärke“, die bei vielen Westeuropäern existenzielle Ängste weckte. Die USA fühlten sich gedemütigt, nachdem 1979 ihre Botschaft in Teheran gestürmt und die Sowjetunion sich Afghanistan unterworfen habe, berichtete der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jürgen Wischniewski aus Washington.¹⁵³ SPD-Mitglieder erklärten sich die Veränderungen in Washington mit „Frustration“, die „erhebliche außenpolitische Veränderungen“ zeitigen werde.¹⁵⁴ Die USA erschienen als ein geschichtsvergessenes, unzufriedenes Land, das hyperventilierte. Egon Bahr schrieb nach einer USA-Reise 1981 an Brandt, er habe seine „Gesprächspartner in einer Situation und Verfassung gefunden, wie ich sie in den mehr als zwanzig Jahren regelmäßiger Besuche in den USA noch nicht erlebt habe“.¹⁵⁵ Auch habe er den Eindruck gewonnen, die USA befänden sich in einer „Psychose, die selbst normalerweise kühl und überlegene Menschen nicht unbeeinflusst läßt“. Dass die US-Regierung sich entspannungskritisch umorientiere und den Kalten Krieg wiederbelebe, der doch eigentlich als schon überwunden galt, war für die sozialdemokratischen Untergangspropheten konstitutiv. Ein Papier der Herforder Jusos warnte 1980 davor, dass „Carters Abkehr von der Entspannungs-

¹⁴⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Parteirates am 21. 2. 1980, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, 337.

¹⁴⁸ So in Bahr: Die Priorität bleibt der Friede, in: *Vorwärts*, 20. 10. 1983, S. 14f.

¹⁴⁹ Brandt: Manuskript der Rede auf dem Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd am 18. 4. 1980 in Maintal-Bischofsheim, undatiert, AdsD, WBA, A11.5, 29.

¹⁵⁰ SPD-Parteitag, München 1982, 2. Bd.: Anträge, S. 907.

¹⁵¹ Vgl. Eppler: Wege, S. 89.

¹⁵² Rolf Zundel: Der schwere Gang der Linken. In der SPD wächst der Widerstand gegen neue Atomwaffen in Europa, in: *Die Zeit*, 3. 4. 1981; vgl. auch: In der SPD nimmt Kritik an USA zu. Auch Genscher wird attackiert/Hessen-Süd lehnt Nachrüstungsbeschluß der NATO ab, in: *Die Welt*, 15. 6. 1981.

¹⁵³ Hans-Jürgen Wischniewski: Bericht über USA-Reise vom 23. 2. bis 1. 3. 1980, undatiert, S. 1, AdsD, 1/HWAK000425.

¹⁵⁴ Pawelczyk: Bericht über die Ergebnisse eines Besuchs in Washington vom 6. bis 10. 1. 1980, 15. 1. 1980, S. 1, AdsD, 1/EBAA000713; auch Bruno Friedrich: USA-Aufenthalt vom 9. 2. bis 24. 2. 1980 in Washington und Cambridge/Mass., 26. 2. 1980, insb. S. 2, AdsD, 1/HEAA000458.

¹⁵⁵ Bahr an Brandt: Eindrücke aus den USA nach der Teilnahme an einer Tagung des Council on Foreign Relations mit dem Thema: „Western Alliance: Common Concerns Divergent Views“ am 27. und 28. 2. 1981, 4. 3. 1981, S. 1, AdsD, 1/HSAA009412.

politik“ ein „Zurück zum Kalten Krieg“ bedeute.¹⁵⁶ Den Ost-West-Konflikt hielten die Jusos aber für ein Relikt der Vergangenheit. Ihr Vorsitzender Gerhard Schröder verurteilte zwar die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, bezeichnete aber die Reaktion der USA als „unangemessen“ und „dilettantisch“.¹⁵⁷ Nicht selten nahm die Kritik an der US-Regierung auch eine ausgesprochen polemische Form an. Der „Vorwärts“ veröffentlichte 1980 einen Artikel, in dem Reagan als „ein Texas-Ranger mit der Cruise Missile am Halfter und dem Siegel des amerikanischen Präsidenten an der Stelle des Sheriff-Sterns“ geschmäht wurde.¹⁵⁸ Reagan sei

„davon überzeugt, dass ein archaischer Titanenkampf auszutragen ist zwischen den Kräften der Finsternis und den Heerscharen des Lichts, ein letztes großes Gefecht, in dem das Gute über das Böse triumphieren wird und nicht die bessere Armee über die schlechtere“.

Reagan war für die Friedensbewegung in und außerhalb der SPD ein Feindbild, das Identität stiftete.¹⁵⁹ In seiner politischen Agenda kristallisierte sich, was Europäer an den USA auszusetzen hatten.¹⁶⁰ Für den Pastor und Friedensaktivisten Heinrich Albertz stand fest, dass „die totale Zerstörung der Schöpfung Gottes“ durch die USA „vorbereitet und geplant“ werde.¹⁶¹ Sie sei „ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen“. Albertz' Beweisführung gipfelte in der These, dass die „Vorbereiter und Planer der Vernichtung der Welt“ eine „Dimension des Bösen“ verkörperten, „von dem nur das Alte und Neue Testament in seiner ganzen Schrecklichkeit weiß“. Indem er die Kontroverse um die Mittelstreckenraketen mit religiösen Verweisen auflud, die Supermächte und speziell die USA in die Position des schlechthin Bösen versetzte und die Deutschen zu Opfern stilisierte, hob er seine Kritik in den Bereich des Unverhandelbaren und entzog sie einer tatsächlichen Diskussion.¹⁶²

Die Sowjetunion thematisierten SPD-Mitglieder seltener. Es waren, so ihr Argument, schließlich die Vereinigten Staaten, die mit der Stationierung neuer Atomraketen drohten. Ob die sowjetische Politik offensiven Charakter hatte, ob der Kreml tatsächlich Westeuropa erobern wollte, ob die SS-20-Raketen wirklich eine Bedrohung seien, wie die NATO behauptete,¹⁶³ darüber schwiegen sich zumindest jene Sozialdemokraten aus, die die Stationierung westlicher Raketen ablehnten.¹⁶⁴ Für Bundeskanzler Schmidt und Verteidigungsminister Apel stand die Sowjetunion für ein Gesellschaftssystem, das unannehm-

¹⁵⁶ Jungsozialisten Unterbezirk Herford: Kein Zurück zum Kalten Krieg. Für Frieden und Völkerverständigung [März 1980], AdsD, HWA, 1/HWAA001784.

¹⁵⁷ Gerhard Schröder: [Rundbrief: Sozialdemokratische Positionsbestimmung], 25. 1. 1980, AdsD, 1/EEAC000051.

¹⁵⁸ Joachim Riedl: Er kommt aus der Tiefe der 50er Jahre. Die Philosophie des Kandidaten Ronald Reagan, in: *Vorwärts*, 16. 10. 1980, S. 13.

¹⁵⁹ Vgl. auch Arbeitskreis Frieden und Abrüstung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Unterbezirk Wiesbaden an Brandt/Schmidt: Gefährdung des Weltfriedens, 21. 8. 1981, sowie die Antwort Brandts vom 10. 9. 1981, AdsD, WBA, A11.6, 41; Regiert die NATO die BRD? Pressemitteilung Nr. 60/83, 27. 4. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 1.

¹⁶⁰ In einer Zuschrift an Bahr hieß es: „[M]an fühlt sich ja wie die Maus in der Falle, aus der es einfach kein Entrinnen mehr gibt. Man sieht keine Alternativen, wir sind dem Amerikaner auf Gedeih und Verderben ausgeliefert.“ H. an Bahr, 27. 10. 1983, S. 1, AdsD, 1/EBAA000575.

¹⁶¹ Albertz: Nation, S. 141f.

¹⁶² Vgl. bereits Nehring: Sicherheitstherapien, S. 253; zu Vorläufern dieses Diskurses Ziemann: Code, S. 252–254.

¹⁶³ Vgl. Nation: Armageddon.

¹⁶⁴ Siehe dazu Wolf Graf von Baudissin: Bemerkungen zur Diskussion über den offensiven bzw. defensiven Charakter sowjetischer Politik und Streitkräfte, 7. 5. 1979, AdsD, 2/PVAD000016.

bar war.¹⁶⁵ Andere Vertreter der Sozialdemokratie wie der Gießener Politikwissenschaftler Reimund Seidelmann betonten eher das historische Sicherheitsbedürfnis Moskaus.¹⁶⁶ Niemand bestritt in der SPD, dass der Kreml von alten, dahinsiechenden Männern – der sowjetischen Gerontokratie – gesteuert werde, die kaum mehr Herr der Lage seien.¹⁶⁷ Die Führung der Roten Armee, so sah es die SPD, legte daher die Leitlinien der sowjetischen Außenpolitik fest. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen konnten sich nicht vorstellen, dass Militärs eine friedliche Politik verfolgten. So traf auch den Kreml eine Verantwortung, wenn die Entspannungspolitik verfiel.¹⁶⁸

Das Bild, das sich SPD-Mitglieder von der Sowjetunion machten, zeigte ihnen ein Land, dessen militärischer Komplex überdimensioniert war, während die einfachen Menschen Not litten.¹⁶⁹ Ein Land, das in seinem Inneren so krasse Gegensätze aushalten musste – auf der einen Seite ein aufgeblähter Verteidigungshaushalt, auf der anderen Seite das Elend der Bevölkerung –, würde im globalen Rüstungswetlauf mit den USA früher oder später den Kürzeren ziehen.¹⁷⁰ In den achtziger Jahren imaginierten die Nachrüstungsgegner in der SPD die Sowjetunion deshalb als Opfer der US-amerikanischen Politik. Weil mit den nuklearen Mittelstreckenwaffen, so die Annahme, der enthauprende Erstschlag auf die Sowjetunion gelingen könnte, bräuchten die USA keinen sowjetischen Zweitschlag mehr zu fürchten.¹⁷¹ Daher ergab der mangelnde Verhandlungswille der Amerikaner und ihr Wunsch, um jeden Preis zu stationieren, plötzlich einen Sinn, und die Nachrüstung erschien als ein Element der US-Strategie, den Atomkrieg führen und gewinnen zu können.¹⁷² Dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, war der geschichtspolitische Einwand gegen dieses Szenario. Die militärstrategische Gegenrede lautete, dass sich die Rote Armee zu einem präventiven Erstschlag auf die NATO-Raketen gezwungen sehen könnte – was die Zerstörung Mitteleuropas zur Folge haben würde.¹⁷³

¹⁶⁵ Siehe „Ich glaube nicht, daß irgend jemand morgen Krieg anfängt ...“. Aber der Bundeskanzler fürchtet, eines Tages könnten sowjetische Machthaber sich verleiten lassen, Westeuropa zu nötigen [Interview], in: *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 7. 7. 1981.

¹⁶⁶ Seidelmann: Die Entspannungspolitik hat keine vernünftige Alternative, in: *Die Neue Gesellschaft* 27 (1980), S. 376–380, hier S. 376.

¹⁶⁷ Vgl. paradigmatisch Schmidt: Menschen, S. 125. In einem US-amerikanischen Bericht über eine Begegnung zwischen Johannes Rau und Leonid Breschnew hieß es: „The meeting opened with Brezhnev reading a statement. While Brezhnev seemed to be in good health, he had trouble articulating his words, and during the exchange with Rau that followed the prepared statement Brezhnev asked Aleksandrov-Agentur to write out answers to Rau’s questions, which Brezhnev then read to Rau. As in past meetings with foreign guests, after he had read the prepared statement Brezhnev turned to Aleksandrov and asked, in Russian, „How did I do?“ State Department an US-Botschaft Bonn: Brezhnev’s Remarks to FRG Visitor Rau, 28. 10. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (9/1/81-12/31/81) (4).

¹⁶⁸ Vgl. Historisch entwickelte Thesen zur Sicherheitspolitik von Sowjetunion und Bundesrepublik Deutschland [1979], AdsD, WBA, A10. 1 Rosen, 184.

¹⁶⁹ Siehe dazu Schluß mit der Rüstungsspirale. Antrag des Kreisverbandes Erlangen Stadt an den Landesparteitag der SPD Bayern [Januar 1982], AdsD, 1/BFAA000707.

¹⁷⁰ So exemplarisch Eppler: Utopie, S. 113.

¹⁷¹ Vgl. SPD-Landesverband Saarland: Sozialdemokratische Friedenspolitik II, Mai 1981, AdsD, WBA, A11.5, 30.

¹⁷² Dazu auch Thomas Löffelholz: Reagans Ungeschick und die Nato-Doktrin. Konfliktbegrenzung entspricht der geltenden Bündnisstrategie, in: *Stuttgarter Zeitung*, 21. 10. 1981.

¹⁷³ Selbst dann, wenn Sozialdemokraten einen präventiven Erstschlag der Sowjetunion für möglich hielten, richteten sie ihre Kritik aber gegen die Amerikaner. Der Titel von Oskar Lafontaines 1983 erschienenem Buch „Angst vor den Freunden“ wurde unter Nachrüstungskritikern zum geflügelten Wort. Lafontaine: Angst.

Wenn Parteimitglieder betonten, es gebe einen Gegensatz zwischen ihrer historisch begründeten Friedenssehnsucht und dem geschichtsvergessenen Konfliktstreben der Supermächte, dann setzten sie eine für ihre Selbstbeschreibung wichtige Vorannahme. Denn die innerhalb der Partei kaum umstrittene Identifikation der Supermächte mit dem „Anderen“ half ihnen, die Konturen der eigenen Identität zu definieren. So schwer es der SPD in ihrer Geschichte stets gefallen war, eine klare Position zur Frage von Krieg und Frieden einzunehmen, so leicht hatte sie es, sich selbst als Mahnerin für Frieden, Entspannung und Abrüstung zu präsentieren. Dabei folgte ihr Weltbild einer binären Sichtweise: Die Supermächte und vor allem die USA wollten den Streit, weil sie es versäumt hätten, ihre Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Dagegen wirkte die SPD mit einem ausgeprägten historischen Bewusstsein auf den Frieden hin. Viel mehr als andere Parteien in der Bundesrepublik verstanden Sozialdemokraten es als ihre Aufgabe, die Entspannungspolitik zu retten, wie sie es als ihre Angelegenheit betrachteten, den Führern im Weißen Haus und im Kreml zu erklären, auf welchen Pfaden die Krise überwunden werden musste. Stets untermauerten sie ihre Forderungen mit geschichtspolitischen Argumenten. Sie begriffen die deutsche Vergangenheit als eine Hypothek, die auf den Frieden verpflichtete. Gleichwohl galt sie ihnen diskursstrategisch als Chance, weil erinnerungspolitische Begründungen aus ihrer Sichtweise schwerer zu entkräften waren. Dass die Sozialdemokraten innerparteilich übereinander herfielen und keinen Konsens erzielten, ob der Friede nun mit Abschreckung oder mit Abrüstung herzustellen sei, war also darauf zurückzuführen, dass sie es nicht vermochten, zwei Probleme zu lösen. Die eine Schwierigkeit betraf ihren widersprüchlichen Standpunkt zur militärischen Friedenssicherung, die andere resultierte daraus, dass die Voraussetzungen sich änderten, unter denen die Entspannungspolitik in den siebziger Jahren erfolgreich umgesetzt werden konnte. Auch wenn die Sozialdemokraten es anders sahen – der Kalte Krieg war noch nicht vorüber.

4. Angst vor dem Atomtod

Das Krisenempfinden in der Sozialdemokratie kam daher, dass ein Großteil der Mitglieder glaubte, nicht nur die Supermächte, sondern die gesamte Menschheit stehe tiefgreifenden Problemen gegenüber. Die Atombombe und die mit ihr assoziierte Zerstörungswirkung galten in der SPD als das dringendste Problem. Nachrüstungsgegnerinnen und -gegner argumentierten, dass die Atombombe eine Waffe sei, die die Existenz des Planeten zu vernichten drohte. Die Angst vor einem Atomkrieg war in den achtziger Jahren so verbreitet wie noch nie. Sie wurde zum Signum des Konflikts, weil sie der unter Zeitgenossen weitverbreiteten Endzeitstimmung Ausdruck gab – und weil sie die Modernitäts- und Zukunftsskepsis einer ganzen Generation transportierte. Die in ihrer Geschichte stets zukunftsversessene Sozialdemokratie erschütterte es, wenn althergebrachte Fortschrittsmodelle auf den Prüfstand kamen.

Es ist notwendig, die Einstellung der Sozialdemokratie zur Atomenergie in größeren historischen Kontinuitätslinien zu sehen. Diese Linien führen von den „Kampf-dem-Atomtod“-Kampagnen der fünfziger Jahre über die Anti-Atomkraft-Demonstrationen der siebziger Jahre zur Nachrüstungskontroverse. Denn das gesellschaftliche Unbehagen an der nuklearen Technologie war kein Phänomen der achtziger Jahre; es reichte weit in die jüngere Vergangenheit zurück. Freilich waren viele prominente Sozialdemokraten noch

in den fünfziger Jahren ausgesprochen positiv zur atomaren Bewaffnung eingestellt – die Rede Brandts auf dem Parteitag von 1954 ist ein beredtes Zeugnis dieser Atomeuphorie.¹⁷⁴ Parallel zu den Hoffnungen, die die westlichen Gesellschaften seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in die zivile oder militärische Nutzung der Atomenergie projiziert hatten, waren aber auch die Bedenken gewachsen.¹⁷⁵ Früh opponierten außerparlamentarische Friedensinitiativen gegen die Atomtechnologie.¹⁷⁶ Nachdem die USA 1945 Atombomben über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfen und die Sowjetunion 1949 ebenfalls eine solche Waffe gezündet hatte, war es für viele Menschen an der Zeit, darüber nachzudenken, ob Konflikte mit der Androhung eines Atomschlags gelöst werden sollten. Überall in Westeuropa bildeten sich Initiativen gegen Atomwaffen.¹⁷⁷ In Großbritannien rief der Philosoph Bertrand Russell 1955 dazu auf, einen möglichen künftigen Krieg zu ächten. Atomphysiker, die noch wenige Jahre zuvor an der Kernspaltung geforscht und ihre militärische Nutzung ermöglicht hatten, wandten sich entsetzt von ihr ab und malten aus, welche Folgen der Einsatz dieser Waffen hätte.¹⁷⁸ Als die westdeutsche Regierung ankündigte, die Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen ausstatten zu wollen, veröffentlichten 18 Göttinger Naturwissenschaftler am 12. April 1957 einen Appell, der publikumswirksam auf die Folgen eines Atomkrieges hinwies.¹⁷⁹ Die hier ihren Ausgang nehmende „Kampf-dem-Atomtod“-Kampagne ging nicht zuletzt auf das Engagement von Sozialdemokraten zurück.¹⁸⁰ Aber auch Gewerkschafter, Protestanten und Linkskatholiken gaben dem Protest eine Stimme. Die Bewegung zerfiel wieder, als die NATO entschied, dass zwar Atomwaffen auf bundesdeutschem Boden stationiert werden, aber unter dem Kommando der US-amerikanischen Armee bleiben sollten. Gleichwohl legte die „Kampf-dem-Atomtod“-Bewegung offen, dass große Teile der westdeutschen Gesellschaft für atomkritische Einstellungen empfänglich waren.¹⁸¹

Um den Nachrüstungsstreit in der SPD zu verstehen, ist es hilfreich, den Blick auf diese Bewegung zu richten – und darauf, dass fünfzehn Jahre später viele Parteimitglieder gegen die zivile Nutzung der Kerntechnologie protestierten. Hervorgegangen aus den Studentenbewegungen um 1968, bildeten sich ab Anfang der siebziger Jahre lokal angesiedelte Bürgerinitiativen.¹⁸² Sie fürchteten sich vor den Risiken der Kernkraft und davor, dass Atomkraftwerke (AKWs) ihre persönliche Lebensumgebung verändern oder gar zerstören könnten.¹⁸³ Was war mit der Strahlung, die Kraftwerke abgaben, was mit der Endlagerung von Atommüll? Diese Fragen ließen ihnen keine Ruhe.¹⁸⁴ Die Umwelt-

¹⁷⁴ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. 7. 1954 in Berlin, Bonn [1954], S. 89–91; kontextualisierend Carson: Heisenberg, S. 252.

¹⁷⁵ Vgl. Boyer: God; Heuser: Mentalities, S. 179–259; Heuser: Bomb.

¹⁷⁶ Vgl. die Beiträge in Bald/Wette: Friedensinitiativen; Horn: Fiktion, S. 47–52.

¹⁷⁷ Dazu Nehring: Proteste.

¹⁷⁸ Vgl. Metzler: Physiker, S. 238–242.

¹⁷⁹ Vgl. Carson: Heisenberg, S. 320–330.

¹⁸⁰ Vgl. Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg: Kampf dem Atomtod; Werner: „Ohne mich“-Bewegung; mit dem Fokus auf die Ikonographie der Bewegung Ziemann: Code, S. 242–247; daneben auch Conze: Suche, S. 293f.; Klotzbach: Staatspartei, S. 467–475.

¹⁸¹ Vgl. Nehring: Stunde Null.

¹⁸² Siehe die vielen instruktiven Beiträge in R. Roth/Rucht: Bewegungen.

¹⁸³ Grundlegend Engels: Naturpolitik, S. 322–399; Pettenkofer: Erwartung; Mende: Anti-Parteien-Partei, S. 278–283.

¹⁸⁴ Siehe beispielsweise [ohne Verfasser:] Gorleben-Frauen.

thematik, eng verbunden mit dem Protest gegen Atomkraftwerke, verschaffte den Bürgerinitiativen Zulauf und wirkte als Katalysator für die grüne Bewegung.¹⁸⁵ Für die SPD stellten die Anti-AKW-Bewegung und – zeitlich versetzt – die Grünen neue Konkurrenten dar, die tendenziell links von ihr standen, ein politisch mobilisierendes Thema besetzten und Sympathisanten anzogen – zunächst außerhalb des parlamentarischen Spektrums und mit dem Anspruch einer „Anti-Parteien-Partei“.¹⁸⁶ Nun „begann die Welt der alten Sozialdemokratie unterzugehen“, wie Franz Walter schreibt.¹⁸⁷ Bald taten sich Risse in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft auf, denn während die Parteispitze an der friedlichen Nutzung der Atomkraft festhielt, forderten solche Jusos, die ihr Lebensgefühl in den „Alternativbewegungen“ gespiegelt sahen, oder SPD-Mitglieder, die Kraftwerke vor ihrer Haustür als Bedrohung empfanden, sich von dieser Energiequelle abzuwenden.¹⁸⁸

Ob die Kerntechnologie zivil genutzt werden sollte, erwies sich in den siebziger Jahren als eines der beherrschenden Streitthemen der Sozialdemokratie, und es bereitete die Nachrüstungskontroverse vor. Lange überließ es die SPD ihren außerparlamentarischen Kritikern, auf die Risiken der Atomkraft hinzuweisen.¹⁸⁹ Noch der 1977 abgehaltene Bundesparteitag in Hamburg stellte fest, dass „ein grundsätzlicher Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie [...] gegenwärtig nicht vertretbar“ sei.¹⁹⁰ Aber schon zwei Jahre später vermischte sich die Kernenergiefrage mit dem Doppelbeschluss, wodurch diejenigen in der Partei neue Argumente fanden, die Atomkraftwerke und Atomraketen ablehnten.¹⁹¹ Die gedanklichen Grundmuster, mit denen sie die zivile und die militärische Nutzung der Kernkraft zurückwiesen, ähnelten sich verblüffend, und häufig waren es auch dieselben Parteimitglieder, die gegen den Bau von Kernkraftwerken und gegen die Stationierung auf die Straße zogen. Der Begriff „Atom“ verband als Angstbegriff die Ökologie semantisch mit dem Frieden.¹⁹² Will man die Narrative systematisieren, in denen die Raketengegner von ihrer „Atomangst“ erzählten, ist zunächst wieder der Hinweis notwendig, dass Geschichte eine wichtige Rolle spielte. Bezüge zum Zweiten Weltkrieg, zum Nationalsozialismus im Allgemeinen und zum Holocaust im Besonderen waren verbreitet.¹⁹³ So verarbeitete ein Schwarz-Weiß-Plakat der SPD Stuttgart aus dem Jahr 1983 historische Erfahrungen mit dem Einsatz von Nuklearwaffen. Es bildete eine Brücke ab, die der Betrachter laut Überschrift in der japanischen Stadt Hiroshima lokalisieren sollte. Diese Brücke wies Körperschatten von Opfern der Atombombe auf, die dort einmal gelegen haben mussten (vgl. Abbildung 3). Dass das Schicksal Hiroshimas auch den Europäern drohte, brachte dieses Plakat visuell zum Ausdruck. Der Begriff „Euroshima“ war in den zeitgenössischen Debatten bald ein geflügeltes und gefürchtetes Wort.

¹⁸⁵ Vgl. Mende: Gründungsgrüne, S. 39–44.

¹⁸⁶ Kelly: „Wir sind die Anti-Parteien-Partei“, Spiegel-Gespräch, in: *Der Spiegel*, 14. 6. 1982, S. 47–56.

¹⁸⁷ Walter: Vorwärts, S. 7. Zum „Abschied von der alten Arbeiterbewegung“ Grebing: Arbeiterbewegung, S. 89f.

¹⁸⁸ Vgl. Faulenbach: Jahrzehnt, S. 587–593; im größeren Kontext Seefried: Zukünfte, S. 452–489.

¹⁸⁹ So Weisker: Expertenvertrauen, S. 405–410.

¹⁹⁰ Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. bis 19. 11. 1977 in Hamburg, Bonn [1977], S. 971f.

¹⁹¹ Siehe dazu SPD-Parteitag, Berlin 1979, 2. Bd.: Anträge, S. 1306, 1319–1321.

¹⁹² Vgl. Mende: Gründungsgrüne, S. 378.

¹⁹³ Vgl. zusammenfassend Arnold: Kassel, S. 466.

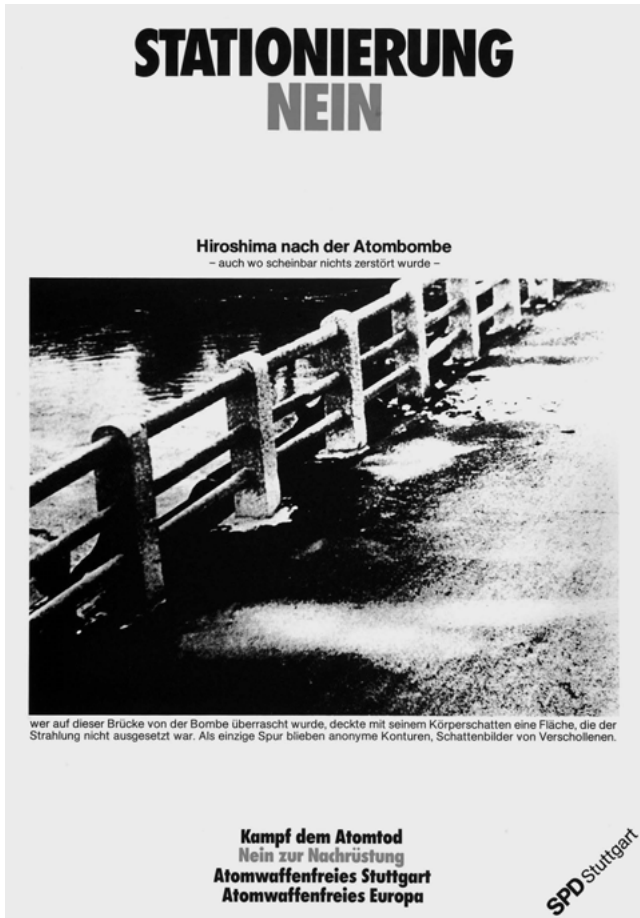


Abbildung 3: „Stationierung Nein“. Anti-Nachrüstungsplakat der SPD in Stuttgart, 1983

Sollten SPD-Mitglieder erläutern, warum sie die neuen Raketen ablehnten, verwiesen sie darauf, dass sie sich vor ihnen fürchteten.¹⁹⁴ Sie sagten, sie empfänden Angst und fühlten sich ohnmächtig gegenüber der Bedrohung.¹⁹⁵ Häufig begründeten sie ihre Angst mit der besonderen geostrategischen Lage der Bundesrepublik im Kalten Krieg. In diesem Sinne wandelten die knapp 118 000 Teilnehmer des Evangelischen Kirchentages in Hamburg, der im Juni 1981 ein erster Kulminationspunkt der Friedensbewegung angesichts stockender Verhandlungen in Genf war, das biblische Motto der Veranstaltung „Fürchte Dich nicht!“ in „Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle!“ ab und brachten

¹⁹⁴ So exemplarisch: Wir sind noch einmal davongekommen ... doch wo soll das alles enden? Dokumentation über den Raketenunfall in Malsch-Waldprechtsweier am 2. 11. 1982, hrsg. v. DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg, undatiert, AdsD, Bestand IFIAS, 77.

¹⁹⁵ In diesem Punkt unterschied sich ihr Diskurs kaum von dem, was in anderen Segmenten der Gesellschaft diskutiert wurde. Siehe dazu Biess: Sensibilisierung; Schregel: Angst; Michel: Angst; Weisker: Expertenvertrauen, S. 410–413; Brühöfener: Emotionalität; Gotto: Enttäuschung.

das Unbehagen auf den Punkt.¹⁹⁶ Auch Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen beteiligten sich an den Aktionen und diskutierten in Einzelveranstaltungen, Gottesdiensten und Podiumsdiskussionen über ihre „Atomangst“,¹⁹⁷ denn der christlich motivierte Protest gegen Atomwaffen war eine gedankliche Schale, innerhalb derer viele in der SPD Kritik vorbrachten.¹⁹⁸ Darauf deutet schon hin, dass prominente Gegner der Stationierung sowohl SPD-Mitglieder als auch engagierte Protestanten waren – man denke nur an Eppler, Albertz oder Simon. Aber selbst Kanzler Schmidt begründete seine Position, indem er aus dem Fundus einer protestantischen Verantwortungsethik schöpfte.¹⁹⁹

In Hamburg wimmelte es 1981 von prominenten und weniger prominenten SPD-Mitgliedern.²⁰⁰ Wenn die Jusos und die ASF auf dem Kirchentagsgelände Informationsmaterialien verteilten, Buttons, Sticker oder Tücher am eigenen Körper trugen, oder wenn sie Lieder sangen, bekannnten sie sich zur christlichen Nachrüstungskritik.²⁰¹ Doch auch die Stationierungsbefürworter reisten in die Hansestadt, wo sie beobachteten, dass die Friedensinitiativen auf der Suche nach neuen Ausdrucksweisen für ihre „Atomangst“ fündig geworden waren. Als Hans Apel bei einer Veranstaltung zu einem Statement ansetzte, begannen die Zuhörer, Kirchenchoräle anzustimmen.²⁰² Das war für den Verteidigungsminister, der sich stets auch als gläubiger Christ zu erkennen gab, eine neue Erfahrung, die ihn noch lange beschäftigte.²⁰³ Doch vor allem die vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) live übertragene Diskussion zwischen Helmut Schmidt, Bischof Hans-Otto Wölber und besorgten Bürgerinnen und Bürgern in der Altonaer Trinitatis-Kirche war ein wichtiges Ereignis des Nachrüstungsstreits, in dem Befürworter und Gegner der Stationierung über ihre Angst sprachen.²⁰⁴ Dabei prallten diametral entgegengesetzte Politik- und Gesellschaftsbilder aufeinander.

Schmidt tat sich nicht nur 1981 in Hamburg schwer damit, auf das Angstbekenntnis der Friedensbewegten eine Antwort zu geben, die seine Kritikerinnen und Kritiker zufrie-

¹⁹⁶ Dazu Luhmann/Neveling: Kirchentag 1981. Siehe ferner Jens Fischer: Fürchtet euch endlich einmal! Der Hamburger Evangelische Kirchentag und die Friedensbewegung, in: *Vorwärts*, 25. 6. 1981, S. 3; dazu auch Hans-Ulrich Klose: Daß Liebe auch in der Furcht ist, in: *Vorwärts*, 18. 6. 1981, S. 17.

¹⁹⁷ Siehe auch die Berichterstattung über sozialdemokratische Aktivitäten: SPD: Neue Vorstöße gegen die Nachrüstung, in: *Der Spiegel*, 22. 6. 1981; sowie AdsD, Bestand AGDF, 22–24; Im Geiste des Aufbruchs. „Christen in der SPD“ – vom demokratischen Sozialismus und Protestantismus zusammengehen, in: *Vorwärts*, 18. 6. 1981, S. 18.

¹⁹⁸ Vgl. Heuser: Bomb, S. 166–173, insb. S. 168f.; zum Hintergrund Lösche/Walter: SPD, S. 332–336. Insbesondere der Protestantismus hatte einen überragenden Stellenwert für den Streit in der SPD, vgl. Jürgen Schmude: Fruchtbare Miteinander von Kirchen und SPD, in: *Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion*, Nr. 1756, 31. 10. 1983; vgl. dazu weiter Wiechmann: Bergpredigt; Kunter: Religiöse Semantiken; Lepp: Konfrontation; D. Gerster: Friedensdialoge, S. 220–323.

¹⁹⁹ Siehe Schmidt: Bemerkungen zu Moral, Pflicht und Verantwortung des Politikers, in: *Merkur* 35 (1981), S. 449–465. Siehe auch seine Ausführungen in einem Podiumsgespräch „Wie christlich kann Politik sein?“ während des Kirchentages, Luhmann/Neveling: Kirchentag 1981, S. 677–695, insb. S. 679f., 684f.; Hering: Religion, S. 95f., zusammenfassend S. 213–227; Soell: Helmut Schmidt, S. 812–818.

²⁰⁰ Siehe exemplarisch die Veranstaltung „Frieden sichern – Frieden schaffen“ mit Egon Bahr, Luhmann/Neveling: Kirchentag 1981, S. 460–475.

²⁰¹ Die Beteiligung der Jusos ist gut dokumentiert, vgl. ebenda, S. 528–546.

²⁰² Siehe Ex-Finanzminister Hans Apel, ein Mahner und Macher, in: *Hamburger Abendblatt*, 8. 9. 2011; zur Veranstaltung selbst Luhmann/Neveling: Kirchentag 1981, S. 279–297.

²⁰³ Vgl. Apel: Abstieg, S. 181.

²⁰⁴ Podiumsgespräch „Wie christlich kann Politik sein?“ beim Deutschen Evangelischen Kirchentag am Freitag, 19. 6. 1981, in Hamburg (Textauszüge Bundeskanzler Helmut Schmidt), undatiert, AHS, Eigene Arbeiten.

den stellte. Nachdem ihn in der Trinitatis-Kirche ein junger Mann mit dem Satz „Ich habe Angst vor Ihrer Politik“ konfrontiert hatte, war dem Kanzler, so berichten die Quellen, Betroffenheit anzumerken.²⁰⁵ Und als eine junge Frau den Bundeskanzler um seine Meinung bat, wie er „entscheiden würde, wenn er wählen müßte zwischen den beiden Möglichkeiten des Spruches ‚Lieber rot als tot‘“, da negierte Schmidt diese Alternative und verteidigte seinen Kurs, indem er, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete, gekonnt stimmliche und gestische Mittel einsetzte.²⁰⁶ Die ZDF-Diskussion glich einer Theateraufführung, in der die Beteiligten nach einem festen Skript verbal und nonverbal ihre je eigene Geschichte erzählten. Sie taten das entlang der politischen Leitvokabeln „Rationalität“ und „Emotionalität“. Verteidigte Schmidt die Prinzipien seiner Politik, indem er sich als umsichtiger, abwägender und pragmatischer Staatsmann inszenierte, stieß er dort an Grenzen, wo die Gegenseite ihr emotionales Angstbekenntnis in den Mittelpunkt rückte. Deshalb unterstrich Schmidt, dass auch er Angst um den Weltfrieden habe. Auffallend häufig belegte er diese Angst, indem er auf seine eigenen Erfahrungen als Soldat in der Wehrmacht hinwies. Daraus leitete er ab, dass „von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen“ dürfe.²⁰⁷ Nur wenige hatten Schmidt, den Inbegriff des nüchternen Pragmatikers und Tatsachenmenschen, bislang über seine emotionale Verfasstheit sprechen hören. Dass er nun über seine Ängste Auskunft gab, war dem Zeitgeist der siebziger und achtziger Jahre geschuldet, der offenbar selbst den Kanzler nicht unberührt ließ.²⁰⁸ Dennoch: Stellte er sich als Politiker vor, der mit einer großen Lebenserfahrung ausgestattet war und der beanspruchte, dass sein politischer Kurs rational und deshalb alternativlos sei,²⁰⁹ zogen seine Kritiker grundsätzlich andere Lehren aus der Geschichte und hatten einen anderen Blick auf die bisherige Politik.²¹⁰ Diese unterschiedlichen Vorstellungen prallten im Juni 1981 auf dem Hamburger Kirchentag aufeinander.

Der Doppelbeschluss und die drohende Stationierung setzten in der bundesdeutschen Gesellschaft und auch in der Sozialdemokratie existentielle Ängste um das eigene Überleben frei, die narrativ oder performativ vorgebracht wurden.²¹¹ Nirgends sonst waren sie so greifbar wie in den vielen Zuschriften an die Parteizentrale im Erich-Ollenhauer-Haus. Indem einfache Parteimitglieder von der Basis zu Stift und Papier griffen, ihre Gedanken formulierten und das Produkt ihrer Arbeit nach Bonn schickten, brachten sie ihre Furcht vor einer Katastrophe zur Geltung. Die Post von der Basis bestand keinesfalls nur aus klugen Abhandlungen.²¹² Häufig handelte es sich um Postkarten mit einem schlichten Satz

²⁰⁵ Siehe: Die Fragenden berufen sich auf ihre Angst, der Kanzler beruft sich auf sein Gewissen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. 6. 1981.

²⁰⁶ Ebenda.

²⁰⁷ Helmut Schmidt: Abschrift der Äußerungen vor der SPD-Fraktion am 26. 6. 1981, 1. 7. 1981, S. 3, AdsD, 1/HSAA006562, Hervorhebung im Original (unterstrichen).

²⁰⁸ Vgl. dazu Reichardt: Authentizität, S. 699–711.

²⁰⁹ Siehe dazu auch die Aufzeichnung des Treffens zwischen Schmidt und dem Philosophen Karl Popper, abgedruckt in AAPD 1980, II, Dok. 348; ferner Jochim Stoltenberg: Europa hat zuviel Angst. Interview mit dem Bundeskanzler, in: *Hamburger Abendblatt*, 31. 8. 1981.

²¹⁰ Dazu auch Peter R. Hofstätter: Das Massentreffen – Gefühlseligkeit an sich, in: *Die Welt*, 14. 10. 1981.

²¹¹ Es gab freilich auch andere Gefühle, von denen sich die Zeitgenossen leiten ließen, vgl. Gotto: Enttäuschung.

²¹² So aber Friedensbüro Osthessen: Fulda-Gap. Hier könnte der dritte Weltkrieg beginnen, undatiert, AdsD, Bestand IFIAS, 146; Anton-Andreas Guha: „Der Dritte Weltkrieg findet in Europa statt“, in: Ohne Rüstung leben, Dokumentation, undatiert, AdsD, Bestand IFIAS, 245.

in Großbuchstaben „Ich habe Angst vor dem Atomtod!“ oder um Abbildungen von Menschenkörpern, die durch Atomstrahlen entstellt worden waren.²¹³ Die Form entsprach der Botschaft: Die Briefeschreiber bedienten sich einer verfremdeten Artikulation und setzten auf die Kürze des Ausdrucks, wodurch sie betonten, für wie dringlich sie ihr Anliegen hielten. In einer handschriftlichen Postkarte arbeitete ein Genosse mit der Figur des „Ernstfalls“ und äußerte Angst „vor Menschen[,] die mir sagen, sie wollen mich ja nur im Ernstfall verteidigen. Ich mir aber heute schon sicher bin[,] das[s] ich den Ernstfall nicht überlebe.“²¹⁴ Er unterstrich, dass der „Ernstfall“ etwas beschrieb, das in seiner Antizipation nicht wichtig war, weil die tödlichen Folgen der Nachrüstungspolitik schon längst eingetreten sein würden. Häufig argumentierten die Petenten auch mit persönlicher Betroffenheit, um die Lebensferne und Unmenschlichkeit derjenigen auszuleuchten, die für die Raketenstationierung argumentierten:

„Haben Sie sich nie über das Bett eines schlafenden Kindes gebeugt? Haben Sie nie zwei kleine Arme gespürt, die zart Ihren Hals umschlingen? Haben Sie überhaupt keine Erinnerung an die Zärtlichkeit Ihrer Mutter oder Ihres Vaters? Haben Sie nie ein Wesen so sehr geliebt, dass Sie um sein Leben zitterten? Denken Sie an ein einziges dieser Wesen, an seinen Tod und werden Sie wieder wirklich Mensch. Lassen Sie ab von Ihren kriegerischen Sicherheits- und Verteidigungs-Projekten und gesellen Sie sich zu jenen, die wie ich, [sic] ohne tägliche Angst und Bedrohung *leben* wollen.“²¹⁵

Die Nachrüstungsgegnerinnen behaupteten, wer die offizielle Politik der NATO unterstütze, handle unmenschlich. Sie bezeichneten die Gleichgewichtskonzeption als „kalt“ und warfen den Vertretern der etablierten Politik vor, sie wären in ihrer Rationalität gefangen und emotional nicht ansprechbar; sie wären sozial isoliert, abnorm oder stünden außerhalb der emotional gesunden Gesellschaft.²¹⁶ Wieder strukturierte sich der politische Diskurs entlang des Gegensatzpaares rational/emotional und einer ausgeprägten kalt/warm-Metaphorik. Häufig handelte es sich überdies um einen feministischen Diskurs, denn es waren zu einem Großteil Frauen, die sich um 1983 mit der Frage befassten, woher die Gewaltbereitschaft kam. Die Antwort lag für sie nahe, denn Krieg resultierte aus den Dispositionen eines bestimmten Geschlechts.²¹⁷ Freilich problematisierten in den achtziger Jahren auch zunehmend Sozialdemokraten die Geschlechterordnung und wiesen auf einen angeblichen Zusammenhang von Gewalt und Männlichkeit hin. Doch waren es weibliche Mitglieder, die diese Kritik zu ihrem Erkennungszeichen machten. So konnte der Parteiapparat in den Zuschriften von Genossinnen immer wieder den Hinweis auf weiblich konnotierte Eigenschaften lesen, wie die Liebe zu Familienangehörigen eine war:

„Was glaubt Ihr wohl, wie ich mich fühle, wenn ich meine Teenagertöchter lachen und erzählen höre oder wenn ich mit meinen Neffen spiele (drei und fünf Jahre alt) und mich der Gedanke überfällt, sie könnten demnächst bei 5000 Grad verdampfen? Wer hält denn eine solche Angst aus?“²¹⁸

Friedensaktivistinnen – und nicht nur sie – moralisierten den politischen Diskurs. Sie kannten die Wahrheit und den rechten Weg zum Ziel. Ihre Botschaft war eindeutig: Wer keine Angst vor dem Atomtod hatte, war kein Mensch. Dabei reflektierten Sozialdemokra-

²¹³ Siehe AdsD, 2/PVAD000018.

²¹⁴ Klaus K. an SPD-Parteivorstand (hs.), undatiert, AdsD, 2/PVAD000018.

²¹⁵ Marie José H. an SPD-Parteivorstand (hs.), undatiert, AdsD, 2/PVAD000018. Hervorhebung im Original (unterstrichen).

²¹⁶ Dazu Reichardt: Authentizität, S. 186–200.

²¹⁷ So auch Kreis: Frauenfriedensbewegung, S. 294.

²¹⁸ Beate P. an Biermann, 3. 6. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11181.

tinnen durchaus über den Modus ihrer Argumentation. Sie schlossen an Überlegungen an, die der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter entwickelt hatte.²¹⁹ Sich obsessiv zur eigenen Angst zu bekennen galt ihnen als Ausweg, um der Bedrohung zu entkommen.²²⁰ Betroffenheit war ihnen ein „Erkenntnismodus“.²²¹ Weibliche SPD-Mitglieder sprachen sich eine besondere Befähigung zum Frieden zu, denn Frauen stünden, wie sie argumentierten, für eine andere, friedliche und demilitarisierte Gesellschaft.²²² Eine Rednerin der ASF-Bundeskonferenz wies 1981 die Behauptung zurück, Frauen „würden sich besonders für die Friedenspolitik interessieren, weil das so schön emotional“ sei.²²³ Den traditionellen Gegensatz von rationalem Argument und emotionalem Angstbekenntnis umzudeuten – und damit eine von Männern konstruierte Unterscheidung einzureißen – war eine Besonderheit der feministischen Nachrüstungskritik. Die Delegierte Dagmar Luuk akzentuierte auf der ASF-Konferenz 1981, „daß Emotionalität und Rationalität sich bei diesen Themen nicht ausschließen“.²²⁴ Für sie war das Bekenntnis zur eigenen Angst überlebenswichtig. Ihre Genossin Ursula Beul erklärte, es gebe zwei Möglichkeiten der Angstbewältigung:

„Wenn ich ein Problem so dunkel ahne oder wittere und gleichzeitig denke, ich habe nicht die Kraft, das anzugehen, dann fange ich an zu verdrängen. Ich glaube, daß das eine Situation gewesen ist, die ganz eindeutig und ganz überwiegend das Dritte Reich charakterisiert hat. Es kann aber auch die Angst so übermächtig werden, daß sie lebensbewahrende Energie produziert, und das nennt man dann Erkennen.“²²⁵

Was Beul gegenüber ihren Parteifreundinnen zum Ausdruck brachte, zeigte einerseits, dass das Sprechen über Angst für Nachrüstungskritikerinnen ein Akt der Befreiung war, der den ersten Schritt bilden sollte, um sie zu überwinden.²²⁶ Es waren Frauen, die in ihrem Selbstbild erkannt hatten, wie die Kategorien der Männerwelt nur dazu taugten, Krieg und Unterdrückung zu rechtfertigen, weil sie Kritik als „emotional“ verunglimpften. So bringt das Zitat plastisch zum Vorschein, wie wichtig die Geschlechterdimension für die Friedensbewegung war. Der Redeausschnitt macht andererseits deutlich, dass stets geschichtspolitische Rekurse auf den Nationalsozialismus mitschwangen, wenn Stationierungsgegner ihre „Atomangst“ begründeten. SPD-Mitglieder, die gegen neue Raketen und die Politik ihrer Führung protestierten, bezogen sich auf die deutsche Vergangenheit, um ihren Widerstand zu legitimieren. Aber selbst Nachrüstungsbefürworter wie Schmidt blickten in die Geschichte zurück, um die Alternativlosigkeit ihrer Politik zu beweisen und das Angstbekenntnis der Friedensbewegten zu entkräften. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sprachen über die Atomraketen und die vorgebliche Krise der Entspannungspolitik vor der Folie ihres Geschichtsverständnisses, und sie stritten darüber, wie sie sich die Zukunft vorstellten.

²¹⁹ Siehe H.-E. Richter: *Psychologie*, S. 74.

²²⁰ Vgl. dazu auch Nehring: *Sicherheitstherapien*, S. 244f.

²²¹ Reichardt: *Authentizität*, S. 216.

²²² Siehe Randzio-Plath: *Emanzipation*; Randzio-Plath: *Frauen*; Sölle: *Frauen*.

²²³ Beitrag der Präsidentin der SIW und Vizepräsidentin der SI Lydie Schmit anlässlich der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Bonn-Bad Godesberg vom 15. bis 17. 6. 1981, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9603.

²²⁴ ASF-Bundeskonferenz in Bonn-Bad Godesberg vom 14. bis 17. 6. 1981, Bandabschrift, Bd. 19, S. 10f., undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 8954.

²²⁵ Ebenda, Bd. 20, S. 18.

²²⁶ Siehe dazu Hentig: *Befund*.

5. Die Beharrungskraft der Fortschrittsidee

Der Kalte Krieg war ein Streit um die gültige Zukunftsvorstellung.²²⁷ Reagan war bereit, den Gegensatz mit der Sowjetunion bis zum „Armageddon“, dem eschatologischen Entscheidungskampf, auszutragen. Das sagte er bei zahlreichen Anlässen.²²⁸ Seine Kritikerinnen und Kritiker fürchteten das Ende aller möglichen Zukünfte, wenn der US-Präsident seinen Plan umsetzte.²²⁹ Wer in der SPD von einem drohenden und die Zukunft auslöschenden Atomkrieg sprach, der ging in den frühen achtziger Jahren davon aus, dass die Supermächte ihn wollten. Denn Washington und Moskau waren dabei, sich gegenseitig niederzuringen, und das, so nahmen die Nachrüstungskritiker an, um jeden Preis. Sie akzeptierten in diesem Beweisgang freilich implizit eine wesentliche Prämisse der Gleichgewichtstheorie: Die Beteiligten handelten rational und erlaubten sich keine Fehler.²³⁰ Doch immer weniger Stationierungsgegner teilten diese Vorannahme. Eine zweite Version, in der sie von der drohenden Zerstörung erzählten, war deshalb der Atomkrieg, der einem menschlichen oder technischen Versehen geschuldet war.²³¹ Technik sei fehleranfällig – diese Erfahrung hatten in den achtziger Jahren bereits viele Menschen gemacht.²³² So hieß es in einer Zuschrift an Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, dass „die ganz konkrete Gefahr der Auslösung eines Atomkrieges durch Computerfehler“ drohe, über die der Verfasser „so beunruhigt“ sei, gerade weil er „etwas von Computern“ verstehe.²³³ Der Friedensappell der Flörsbacher Frauen befürchtete, dass die Atomkriegsgefahr „aufgrund eines Mißverständnisses, eines technischen Fehlers, ja sogar aus Versehen [...] unvergleichbar größer“ werde.²³⁴ Die Imagination eines menschlichen oder technischen Fehlers, der einen nuklearen Krieg auslösen könnte, war an der SPD-Basis verbreitet und ein entscheidendes Argument gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen.

Die Sorge, dass Technik sich selbständig machen und ihre Urheber bedrohen könnte, war allgegenwärtig im Nachrüstungsdiskurs. Sie war für Gegnerinnen und Gegner der Stationierung deshalb so furchteinflößend, weil der Schuldige nicht klar benennbar war und der Einzelne machtlos gegenüber einer anonymen technologischen Gefahr blieb. Es seien „nicht mehr die menschliche Vernunft, sondern die Produkte des menschlichen Geistes“, denen die Entscheidung obliege, „ob die Menschheit sich ausrottet“, schrieb Erhard Eppler, der zu diesem Zeitpunkt der SPD-Grundwertekommission vorsah.²³⁵ Den Gedanken verdeutlichte auch ein Plakat der Jusos aus dem Jahr 1983, das die gewaltige und gesichtslose Bedrohung durch Raketen zum Ausdruck brachte, indem es sie mit der Darstellung eines einzelnen schutzlosen Körpers kontrastierte. Während vom linken und

²²⁷ So Connelly: *Future Shock*, S. 349.

²²⁸ Siehe insb. Reagans „evil empire speech“ vom 8. 3. 1983, dazu Rodgers: *Age of Fracture*, S. 26f.

²²⁹ Diese Frage trieb auch die Zukunftsforscher um, vgl. Seefried: *Zukünfte*, S. 179–234.

²³⁰ So bei Lafontaine: *Angst*, S. 17–19, 31; Eppler: *Utopie*, S. 70.

²³¹ Siehe exemplarisch Biermann an Glotz: Informationen zum Themenkomplex „Gefahr der Auslösung eines Atomkrieges durch technisches Versagen“, 20. 1. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10927; Arbeitspapier [des Bundesvorstandes der Jungsozialisten zur Friedenspolitik, März 1982], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7624; Brauch: *Raketen*, S. 89f.

²³² Siehe dazu beispielsweise das Titelblatt „Die Computer-Revolution. Fortschritt macht arbeitslos“, in: *Der Spiegel*, 17. 4. 1978.

²³³ Rolf Sch. an Glotz, 4. 11. 1983, AdsD, 2/PVEH000309.

²³⁴ Friedensappell der Flörsbacher Frauen, Jahreswechsel 1982/83, AdsD, 1/HJVA103672.

²³⁵ Eppler: *Neues Denken in der Sicherheitspolitik* [Manuskript für die Gewerkschaftlichen Monatshefte], 13. 7. 1987, S. 3f., AdsD, 1/EEAC000018.

rechten Bildrand Raketen gegeneinander zielten, schien der individuelle Mensch, der auf hellem Bildhintergrund mit Schlagschatten gezeichnet war, der Gefahr hilflos ausgeliefert zu sein. Dieses Bild stellte Mensch und Maschine gegenüber und enthielt ein explizit technik- und fortschrittskeptisches Moment (vgl. Abbildung 4).

Dass das gesellschaftliche Vertrauen in computergestützte Technik ab Mitte der siebziger Jahre dramatisch abnahm, ließ sich an der Diskussion in bestimmten sozialdemokratischen Gruppen geradezu paradigmatisch ablesen. In und außerhalb der SPD wurde das Fortschrittsparadigma relativiert, unter anderem, weil es verantwortlich für den Rüstungswettlauf gemacht und als Quelle von Unsicherheit wahrgenommen wurde.²³⁶ Galt das Atom noch bis in die siebziger Jahre als Synonym für Wachstum, Fortschritt und Modernität, nahm der „Glaube an die Zukunft“ gesamtgesellschaftlich und auch in der SPD zur Mitte des Jahrzehnts rasant ab. Eckart Conze analysiert diese veränderten Einstellungen in der Nachrüstungsdebatte. Er schreibt: „Nicht mehr Zukunftsgewissheit und soziale Machbarkeitsvorstellungen speisten die neuen Protestbewegungen, sondern Fortschrittskepsis und zum Teil apokalyptische Zukunftssängste.“²³⁷ So äußerte sich im Protest gegen die zivile und militärische Nutzung der Kernenergie „ein massives kulturkritisches, ja kulturpessimistisches Unbehagen an Fortschritt und industriell-technischer Modernität“.²³⁸ Die Kritik am Fortschrittsparadigma verband sich mit Zukunftsangst und Skepsis gegenüber der Plan- und Gestaltbarkeit von Politik und Gesellschaft.²³⁹ Mit dem Wachstumsglauben stellte die Kritik auch einen zentralen Pfeiler des Systems des Kalten Krieges infrage.²⁴⁰ Eine spürbare Endzeitstimmung bemächtigte sich der Partei und amalgamierte zu einem diffusen Unbehagen am Bestehenden und der Forderung nach einer „Korrektur des Fortschritts“.²⁴¹

Die „Zweifel an der Zukunft“²⁴² wurden in der SPD manifest, als Egon Bahr im Sommer 1977 amerikanische Pläne zur Produktion und Stationierung der sogenannten „Neutronenwaffe“ zurückwies, indem er den Materialismus kritisierte.²⁴³ In einem aufsehenerregenden Artikel im „Vorwärts“ bezeichnete er die *Enhanced Radiation Weapon* (ERW), wie sie offiziell genannt wurde, als „ein Symbol der Perversion des Denkens“.²⁴⁴ Er verortete diese Waffe in der zeitgenössischen Diskussion um qualitative Aspekte des technischen Fortschritts, dessen „Sinn“ er in Abrede stellte, sofern „der materielle Erfolg zum Maßstab des Erfolges schlechthin“ würde. Aufgrund ihrer technischen Eigenschaften erschien die „Neutronenbombe“ dazu prädestiniert, den Menschen zu töten, aber Sachen zu schonen. Bahr befürchtete, dass „die Skala aller Werte auf den Kopf gestellt“

²³⁶ Siehe zum Beispiel Voigt: Risiken neuer Waffentechnologien, in: *Die Neue Gesellschaft* 26 (1979), S. 98–102; Voigt: Wege, S. 42.

²³⁷ Conze: Modernitätsskepsis, S. 238; aber auch H. Maier: Fortschrittsoptimismus; Esposito: No Future; Seefried: Zukünfte, S. 293f., S. 452–468.

²³⁸ Conze: Modernitätsskepsis, S. 239.

²³⁹ So Mende: Gründungsgrüne, S. 366.

²⁴⁰ Vgl. McNeill: Under the Sun, S. 336; Kupper: Die „1970er Diagnose“, S. 348.

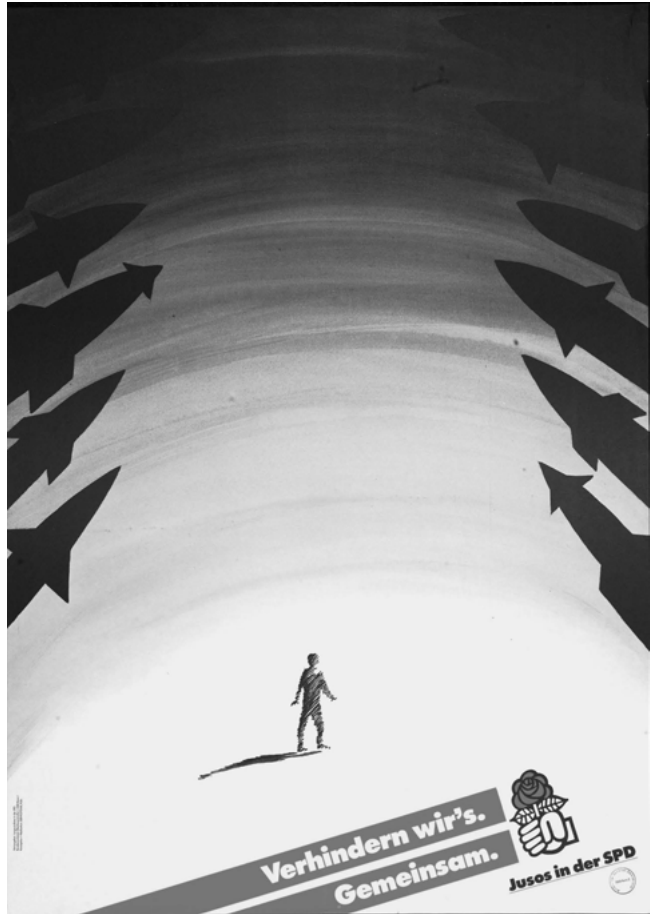
²⁴¹ Eugen Kogon: Korrektur des Fortschritts, in: *Frankfurter Hefte* 32 (1977), S. 18–25; siehe dazu ferner Illich: Fortschrittsmythen, S. 111; Preuß: Zukunft; zur historischen Einordnung Faulenbach: Jahrzehnt, S. 421f.

²⁴² So formulierte es das *Kursbuch* 52 (1978).

²⁴³ Zur Vorgeschichte der Debatte um die Neutronenwaffe, zu Bahrs Artikel und zum weiteren Verlauf siehe grundlegend Wiegrefe: Zerwürfnis, S. 180–206; Spohr Readman: Neutron Bomb.

²⁴⁴ Egon Bahr: Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden? Die Neutronenbombe ist ein Symbol der Perversion des Denkens, in: *Vorwärts*, 21. 7. 1977, S. 4.

Abbildung 4: „Verhindern wir’s. Gemeinsam.“ Anti-Nachrüstungsplakat der Jusos, 1983



werde, wenn „die Erhaltung alles Materiellen“ wichtiger als das menschliche Leben werde. Bahrs „Vorwärts“-Artikel zeichnete aus, dass er „Materialismus“ und „Leben“ gegenüberstellte und dass er technologischen Fortschritt explizit negativ konnotierte. Gerade deshalb kam dem Text für das Verhältnis der SPD zur technischen Moderne eine katalytische Funktion zu.²⁴⁵

Auch der sozialdemokratische Widerstand gegen die 1983 vorgestellten und in den folgenden Jahren heiß diskutierten Pläne der amerikanischen Regierung, ein nukleares Raketenabfangsystem im Weltraum zu installieren, können unter den Vorzeichen dieser Technologiekritik gelesen werden.²⁴⁶ Zunächst aktualisierte die Kritik an der *Strategic Defense Initiative* (SDI) die bereits im Nachrüstungstreit verfestigten Argumentations-

²⁴⁵ Siehe Bahr an Schmude, 28. 9. 1977, S. 2, AdsD, 1/EBAA000069. Auch in den USA war diese Waffe umstritten, dazu War Resisters League Executive Committee Minutes, 2. 7. 1980, S. 2, SCPC, War Resisters League Records (DG 040), s B/II, b 2, f Executive Committee Meetings, 1979–1980.

²⁴⁶ Vgl. Walsh: Balance, S. 79–86; Prados: Initiative; Kalic: SDI Announcement; Gala: From INF to SDI.

muster.²⁴⁷ Eine Erklärung des Parteipräsidiums bezeichnete das SDI-Forschungsprogramm 1985 als „Anlass zu großer Sorge“.²⁴⁸ Das Gleichgewicht zwischen den Supermächten würde „am Rande des nuklearen Holocaust [...] äußerst prekär und verletzlich“. Sogar Altkanzler Schmidt schien diese Befürchtungen gegenüber Helmut Kohl zu teilen,²⁴⁹ was der Kritik weiteren Auftrieb gab.²⁵⁰ Wo SDI abgelehnt wurde, da kristallisierte sich ein tiefes Unbehagen gegenüber der Beherrschbarkeit und Rationalität dieser Technik heraus.²⁵¹ Die Sicherung des gemeinsamen Überlebens dürfe nicht technisch, sondern müsse politisch gelöst werden, argumentierten SPD-Mitglieder aller Richtungen. Auch der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke rückte SDI in ein kritisches Licht: Es sei eine „Binsenweisheit“, so sagte er 1986, „daß technologische Entwicklung nicht immer mit Fortschritt gleichzusetzen“ sei.²⁵² „Nicht alles, ja nicht einmal der überwiegende Teil dessen, was menschlicher Geist und Erfindungskraft geschaffen haben, hat die Menschheit wirklich weitergebracht.“ Neue Technologien dürften nicht dazu verleiten, „daß das Schicksal der Menschheit betreffende Entscheidungen komplexen und daher notwendigerweise anfälligen technischen Systemen überlassen werden“.²⁵³

Etlichen Mitgliedern der SPD sagte die Zukunft nicht mehr das, was sie ihren Müttern und Vätern noch bedeutet hatte. Während die Überzeugung, dass das materielle Leben und die politischen Mitwirkungsrechte von Arbeitern und Arbeitnehmern durch technologischen Fortschritt prinzipiell besser werden würden, stets ein Kernpunkt des sozialdemokratischen Weltbildes gewesen war, gerieten in den siebziger und achtziger Jahren alte Gewissheiten auf den Prüfstand. Denn die neuen Denkfiguren griffen an das historisch gewachsene Selbstverständnis der SPD. Eppler war wohl der erste namhafte Funktionär, der den traditionellen Fortschrittsoptimismus seiner Partei 1975 infrage stellte.²⁵⁴ Doch auch die Jusos hatten bereits Ende der sechziger Jahre beanstandet, wie ihre Parteiführer das Wachstum fetischisierten.²⁵⁵ Erst im Nachrüstungsstreit erwies sich, dass die Skepsis gegenüber dem Fortschrittsparadigma ein fester Bestandteil der sozialdemokratischen Welt geworden war und dort mit der traditionellen Technikbegeisterung der Arbeiterbewegung kollidierte. Ehemals uneingeschränkt positive Sichtweisen auf die Machbarkeit

²⁴⁷ Siehe exemplarisch Biermann an Glotz: „Star Wars Programm“ der Reagan-Administration und Bemühungen, die Westeuropäer dafür zu gewinnen, 11. 4. 1984, AdsD, WBA, A11.4, 111; Franz H. U. Borkenhagen an Glotz: SDI, 22. 2. 1985, AdsD, 2/PVEH000498; siehe auch die umfangreiche Berichterstattung des *Vorwärts* am 6. 5. 1985, 18. 5. 1985 und 30. 11. 1985.

²⁴⁸ SPD-Pressemitteilung, 110/1985, 26. 2. 1985, S. 1.

²⁴⁹ Schmidt an Kohl, 23. 5. 1985, und die Antwort vom 17. 7. 1985, AdsD, 1/EBAA000961; dazu die Diskussion im Vorstand: Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 30. 5. 1985, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur.

²⁵⁰ Siehe Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Oer-Erkenschwick/Bonn, 16./17. 2. 1986, AdsD, 1/HJVA101514.

²⁵¹ Siehe Voigt: Thesen zum SDI-Programm [Vorlage für die Sitzung des Präsidiums am 15. 4. 1985], AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur; Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 15. 4. 1985, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur.

²⁵² Ehmke: Die technologische Entwicklung: Auswirkungen auf Strategie und Abrüstung [Manuskript eines Vortrages auf der Wehrkundetagung in München], 1. 3. 1986, S. 2, AdsD, 1/HEAA000583; Ehmke an Franz Josef Strauß/Lothar Späth: Notiz zur SDI-Problematik, 10. 4. 1984, AdsD, 1/HEAA001044.

²⁵³ Ehmke: Die technologische Entwicklung, S. 9.

²⁵⁴ Eppler: Ende oder Wende, S. 9-63; Eppler: Wege, S. 11, 42-76.

²⁵⁵ Vgl. Süß: Enkel, S. 73-74.

von Fortschritt hatten sich in Teilen der SPD gewandelt.²⁵⁶ So schlossen die Gegner der Atomraketen zu gesamtgesellschaftlichen Debatten auf.²⁵⁷

Doch in der SPD verflohen die „Zweifel an der Zukunft“ wieder. In diesem Punkt muss Conzes Interpretament korrigiert werden. Denn „Fortschritt“ und „Wachstum“ waren für die Mitglieder zu wichtig, als dass sie von den Begriffen dauerhaft hätten abrücken können.²⁵⁸ Im Sommer 1986, also deutlich nach dem Streit um die Atomraketen, griff „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ die Debatte auf und widmete ihr einen Themenschwerpunkt. Der Soziologe und Sozialdemokrat Dieter Otten umriss in seinem Leitaufsatz die Problemstellung:

„Ist es vielleicht sogar so, dass sich das Fortschrittsdenken der Linken als falsch erwiesen hat, seit klargeworden ist, dass die wirtschaftliche und technologische Entwicklung des Kapitalismus in diesem Jahrhundert zumindest für Ökologie und Weltwirtschaftsordnung katastrophale Folgen gezeigt hat? Hat die ökologische Krise den Fortschrittsgedanken entlarvt und als unbrauchbar erwiesen? Ist das Fortschrittsdenken vielleicht sogar verantwortlich für eine hemmungslose Ausplünderung der Natur? Ist die Linke mitverantwortlich für diese Entwicklung, weil sie doch auch zu diesem Jahrhundert der Fortschrittsvergötzung beigetragen hat?“²⁵⁹

Machte der Glaube an die Verbesserbarkeit der sozialen und wirtschaftlichen Lebenssituation von Arbeitnehmern durch Wachstum und technische Neuerungen den Kernbestand der sozialdemokratischen Programmatik aus, war das Selbstbild der Partei herausgefordert, als die Voraussetzungen dieses Fortschritts in den siebziger und frühen achtziger Jahren zweifelhaft wurden.²⁶⁰ Nun setzte in der Partei eine Selbstverständigung über Zukunftsvorstellungen ein – und es zeigte sich, dass große Segmente des SPD-Milieus an dem festhalten wollten, was sie seit langem kannten. Die gewerkschaftlich orientierte „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AfA) war es, die darauf bestand, dass in technologischen Innovationen ein großes Potential lag.²⁶¹ Auch Otten empfahl eben nicht die Abkehr, sondern das Festhalten am „Fortschrittsgestus und Fortschrittsbegriff“, weil beide „für die Linke konstitutiv“ seien.²⁶² Zusammen mit anderen eher traditionell orientierten Mitgliedern des Arbeitnehmerflügels beharrte er auf den Parametern, die die sozialdemokratische Identität seit vielen Jahrzehnten strukturierten. So verblasste innerparteilich

²⁵⁶ In der Zeitung der SPD Bergneustadt hieß es: „Ging es uns ‚damals‘ eigentlich schlechter als heute? Waren wir weniger glücklich und zufrieden? Wohl kaum. Deshalb sollte es uns auch nicht schrecken, wenn ‚schwere Zeiten‘ angekündigt werden, in denen wir alle (?) [sic] den Gürtel enger schnallen müssen.“ Das Erreichte bewahren. Ist es schlimm, wenn es nicht mehr so wie bisher „aufwärts“ geht?, in: *Stadtwahe. Zeitung der SPD Bergneustadt*, Oktober 1981, AdsD, Bestand AGDF, 1.

²⁵⁷ Insbesondere im „grün-alternativen“ Milieu war der Krisendiskurs allgegenwärtig, vgl. Mende: *Gründungsgrüne*, S. 365–406; Mende: *Anti-Parteien-Partei*, S. 290–296.

²⁵⁸ Zur Geschichte des sozialdemokratischen Fortschrittsglaubens vgl. Ruck: *Zukunftsvisionen*; Hübnner: *Technikkritik*; Walter: *Biographie*, S. 9, 18f.

²⁵⁹ Otten: *Kann und soll die Sozialdemokratie noch eine Partei des Fortschritts sein? Ein Essay über Fortschritt und Fortschrittsgestus der Linken*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 33 (1986), S. 503–513, hier S. 507.

²⁶⁰ Dazu auch Michael Müller: *Die Klassenwidersprüche verschärfen sich. Neue Technologien und Destabilisierung der Gesellschaft*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 33 (1986), S. 529–533.

²⁶¹ Siehe die Notiz über die Gespräche von Rudolf Dreßler, MdB, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Moskau vom 26. bis 28. 4. 1984, undatiert, AdsD, Nachlass Selbmann, 171; *Statt Waffen nützliche Dinge*. Arbeiter planen alternative Produktion. Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung der IG Druck und Papier, des Bundes Deutscher Pfadfinder und der JUSO-Hochschulgruppe Giessen – am Mittwoch, 21. Januar um 19.00 Uhr im DGB-Hochhaus, Walltorstrasse 17 [1980], AdsD, 5/IGMA100104.

²⁶² Otten: *Partei des Fortschritts*, S. 513 (s. Anm. 259).

die Fortschrittsskepsis, die sich kurz zuvor in den Köpfen der Sozialdemokraten festgesetzt hatte.

Ein Papier der SPD-Grundwertekommission, das unter der Leitung von Eppler – immerhin einer Galionsfigur der Nachrüstungskritiker – ausgearbeitet worden war, bekannte sich bereits 1982 wieder offensiv zum traditionellen Fortschrittsbegriff: Die SPD halte daran fest, „daß die Vernunft das eigentliche Wesen des Menschen ausmache und daher hierin ein allgemeingültiger Maßstab für Fortschritt enthalten sei“.²⁶³ Die Nachrüstungsgegner in der Sozialdemokratie waren fortschrittskritisch geworden, aber ihre Skepsis bezogen sie weniger auf das Prinzip des Fortschritts, als vielmehr darauf, was er kostete.²⁶⁴ Auch wenn sie der Zukunft nicht mehr so offen gegenüberstanden wie noch in den sechziger Jahren, wollten sie nicht aufhören zu glauben, dass Fortschritt möglich sei.²⁶⁵ Die Grundwertekommission unterstrich in ihrem Papier, dass „die traditionelle Kapitalismuskritik der Arbeiterbewegung nicht beiseitegeschoben“ werden dürfe, sondern „um eine bislang vernachlässigte Dimension“ zu erweitern sei.²⁶⁶ Die SPD bleibe „ihrem Ursprung treu, wenn sie die ökologische Kritik an gravierenden, dem westlichen und dem östlichen Wirtschaftssystem gemeinsamen Fehlentwicklungen ernst“ nehme. So dachten und sprachen selbst nachrüstungskritische SPD-Mitglieder weiterhin in den Mustern des klassischen Fortschrittsverständnisses, wenn es darum ging, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten, Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, die Produktionsprozesse mit neuen Technologien zu verbessern oder den Sozialstaat auszubauen.²⁶⁷ Auf diesen Feldern war die SPD widerständig. Die „Geschichte des Fortschritts“ habe „ihren eigenen Fortschritt“, fasste Otten zusammen, was seine Partei bewegte.²⁶⁸

Im Nachrüstungsstreit ging es für die Sozialdemokraten um ihr Bild von der Zukunft, und nachdem der Konflikt um den Jahreswechsel 1983/84 abgeklungen war und die Gemüter sich beruhigt hatten, besannen sie sich wieder darauf, dass „Arbeiterbewegung“ ohne „Fortschritt“ nicht funktionierte.²⁶⁹ Doch die Fortschrittskritik war in der Partei, und sie musste integriert werden. Hatte sich die SPD auf ihrem Hamburger Bundesparteitag 1977 noch als „die sozial fortschrittliche, reformerische und gesellschaftsgestaltende Kraft der deutschen Politik“²⁷⁰ gefeiert und darauf hingewiesen, wie wichtig Wirtschaftswachstum für sozialen Fortschritt war,²⁷¹ betonte der „Irseer Programmentwurf“, den eine Kommission als Vorschlag für ein neues Grundsatzprogramm 1986 erarbeitete, dass es entscheidend sei, vom Wachstumsdenken Abschied zu nehmen und auf „Nachhaltigkeit“ zu

²⁶³ SPD-Parteivorstand: Arbeiterbewegung, S. 4. Siehe dazu auch Arbeitskreis „Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ beim OV Wiesbaden-Mitte: Anmerkungen zu den Thesen über „Gleichheit, Leistung, Wachstum“ im Diskussionspapier der Grundwerte-Kommission, 25. 2. 1983, AdSD, I/HRAA000043.

²⁶⁴ Siehe Berthold Leibinger: Technik ist kein gesellschaftliches Ziel, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 33 (1986), S. 519–524; Eppler: Wege, S. 47.

²⁶⁵ So Franz Steinkühler: Technik, Fortschritt und soziale Gestaltung, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 33 (1986), S. 514–519.

²⁶⁶ SPD-Parteivorstand: Arbeiterbewegung, S. 29.

²⁶⁷ Vgl. hierzu Nawrat: Agenda, S. 32–42; Stüb: Gewerkschaften, S. 265.

²⁶⁸ Otten: Partei des Fortschritts, S. 513. Auch der Beschluss des Bundesparteitages 1986 in Nürnberg sprach ein, wenngleich eingeschränktes, „Ja zur Technik“ aus, Protokoll vom Parteitag der SPD in Nürnberg, 25.–29. 8. 1986. Anhang: Angenommene und überwiesene Anträge, Bonn [1986], S. 678.

²⁶⁹ Siehe Heinz Theisen: Vom Prinzip Hoffnung zum Happy-End. Optimismus als Politikum, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 33 (1986), S. 533–538; Walter: Vorwärts, S. 9f.

²⁷⁰ SPD-Parteitag, Hamburg 1977, Protokoll, S. 826.

²⁷¹ Ebenda, S. 825.

setzen.²⁷² Das 1989 in Berlin beschlossene neue Grundsatzprogramm formulierte schließlich: „Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt. Er verlangt Umdenken, Umsteuern, Auswählen und Gestalten, vor allem in Technik und Wirtschaft.“²⁷³ Die SPD gab ihren Fortschrittsoptimismus nicht auf, sondern absorbierte die Kritik an ihm.

Nicht mehr alles, was möglich war, musste auch gemacht werden, ließe sich der Zeitgeist der siebziger und achtziger Jahre beschreiben, in den sich das politische Denken der Sozialdemokratie einwebte. Es übernahm jedoch nicht einfach, was gesamtgesellschaftlich diskutiert wurde, sondern eignete es sich produktiv an. Auf der einen Seite waren auch SPD-Mitglieder nicht gegen die Angst vor dem Atom immun. Wie die Friedensbewegung, die sie durch ihr Engagement mittrugen, kritisierten sie die Nachrüstung. Technik und Fortschritt waren nicht mehr nur Verheißung, sondern auch Bedrohung. Auf der anderen Seite war die Sozialdemokratie eine traditionell fortschrittsgläubige Bewegung, die fest davon überzeugt blieb, dass sich die soziale Lage der Arbeiter und Arbeitnehmer zum Besseren wenden ließe. Sie konnte deshalb nicht wie die Grünen die Abkehr vom Fortschrittparadigma vollziehen, so dachte sie selbst, ohne den Kern ihrer Identität preiszugeben. Deshalb waren und blieben die Widerstände gegen die Kritik an der technischen Moderne stark in der Partei. Selbst Eppler mahnte die Friedensbewegung, den „Mut zur Zukunft“ nicht zu verlieren.²⁷⁴ Als Ganzes blieb die SPD eine optimistische Partei, die darauf vertraute, dass die Zukunft besser als die Gegenwart sein würde.

²⁷² Vgl. SPD-Parteivorstand: Irseer Entwurf, S. 7-9, 14-17; dazu angenehm kritisch Lösche/Walter: SPD, S. 125-131; historisierend Seefried: Progress, S. 390.

²⁷³ SPD-Parteivorstand: Berliner Grundsatzprogramm, S. 5.

²⁷⁴ Eppler: Wege, S. 11.

